

Lübeker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

[Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926]

Der „Lübeker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Löhnsstraße Nr. 59/60, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069, letzter Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeitspalte oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Preisentscheidend für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 216.

Mittwoch, den 14. September 1904.

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Bremer Parteitag.

In der „Neuen Zeit“ beschäftigt sich Genosse A. B e b e l in längeren Ausführungen mit der Tagesordnung des Bremer Parteitages. Wir geben davon das Nachfolgende wieder:

Die Parteitage der deutschen Sozialdemokratie sind nicht, wie zum Beispiel die Katholikentage, Zusammenkünfte, auf denen in prahlerischen Schaustellungen und in bunt zusammengewürfelten Versammlungen über alles Mögliche und Unmögliche in oberflächlichster Weise verhandelt wird, um die draußen stehenden Massen zu blenden und zu täuschen. Unsere Parteitage sind vielmehr Tage ernstlicher, anstrengender Arbeit und Beratung und scharfer gegenseitiger Kritik. Man kommt zusammen, um über das Wohl und Wehe der eigenen Partei zu beraten, das Geschehene zu prüfen und freimütig zu be- und beurteilen, je nachdem das Vorgefallene oder Versäumte dieses notwendig erscheinen läßt. Man treibt weder Vertuschung noch Schönfärberei und schafft neue Richtlinien für die künftige Tätigkeit der Partei, um ihre gedehliche Entwicklung zu fördern.

Es gibt keine andere Partei, auf deren Kongressen und Parteitagen die Masse der Parteimitglieder soviel entscheidenden Einfluß ausübt und so zu Worte kommt, wie in der sozialdemokratischen Partei. Wo dieses aber einmal, wie im vorigen Jahre auf dem Dresdener Parteitag, durch den unerwarteten Gang der Verhandlungen bis zu einem gewissen Grade unmöglich wurde, besteht die Verpflichtung, diese Versäumnis nachzuholen.

Das war der leitende Gesichtspunkt, der den Parteivorstand bestimmte, die Tagesordnung des diesjährigen Parteitages nicht mit Beratungskörnern zu überladen. Er konnte dieses um so leichter, als augenblicklich keine allgemeine Frage vorhanden ist, die man als „brennende“ bezeichnen kann und deren sofortige Erörterung drängt. Um so mehr Aufmerksamkeit kann der Frage der Organisation der Partei, die endlich einmal einen definitiven Abschluß für längere Zeit erhält, und der Frage des Kommunalprogramms gewidmet werden.

Die Erörterung des letzteren Punktes und die Fortsetzung der Beratungen des gleichen Gegenstandes auf dem Münchener Parteitag im Jahre 1902. . . Die Angelegenheit ist von der größten Wichtigkeit für ein gut Stück praktischer Arbeit unserer Genossen in den Gemeindevertretungen. Und da die Zahl unserer Vertreter in den Gemeinderäten von Jahr zu Jahr wächst, ist es im höchsten Grade notwendig, daß ihnen für ihre Tätigkeit eine brauchbare Wegleitung durch die Partei gegeben wird. Es werden die Praktiker sein, die hauptsächlich bei dieser Frage das Wort ergreifen, aber es handelt sich zugleich um Gegenstände von allgemeinstem Interesse, deren Beratung wieder Material liefert für die Agitation bei den Gemeinderahlen. Daher wäre es ein großer Fehler, sollten die Beratungen überstürzt und allzu frühzeitig abgebrochen werden.

Die Organisation der Partei, die als eine eminent innere Angelegenheit zu betrachten ist, dürfte nach allem, was sich aus den Verhandlungen der Parteiversammlungen, die sich mit dem Bremer Parteitag beschäftigen, schließen läßt, sehr gründliche und weitestgehende Beratungen hervorrufen, wobei starke Meinungsverschiedenheiten hervortreten werden. Es zeigt sich, daß einem großen Teile unserer Parteigenossen die Reorganisationsvorschläge der Parteilung, die sich allerdings auf das bringende Notwendige beschränken, nicht weit genug gehen. Eine ganze Reihe weitergehender Vorschläge ist aufgetaucht und da in Fragen der Organisation fast sämtliche Delegierte Sachverständige sind, die in der Tagesarbeit für die Partei ihre Erfahrungen gesammelt haben, wird das Bedürfnis nach Aussprache und Kritik ein sehr lebhaftes sein.

Voraussetzlich wird es in Bremen in der Organisationsfrage zu keinen endgültigen Beschlüssen kommen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird, nachdem eine gründliche Aussprache und Kritik der vorliegenden Vorschläge erfolgte, eine Kommission mit der Aufgabe betraut werden, für den nächsten Parteitag eine neue Vorlage auszuarbeiten. Soll aber diese Kommission gute Arbeit leisten können, so muß sie zuvor die Meinung der Parteigenossen gründlich gehört haben. Was wir jetzt an Zeit hierfür verbrauchen, ersparen wir später doppelt und dreifach, denn je gründlicher die Organisationsberatung jetzt betrieben wird, um so längere Wirksamkeit verspricht sie. Die Partei aber hat aus einer guten, allen Ansprüchen genügenden Organisation den größten Nutzen.

Mit der Behandlung dieser zwei Fragen — des Kommunalprogramms und der Abänderung der Parteioorganisation — ist aber die Erörterung von Punkten, die den Parteitag längere Zeit in Anspruch nehmen dürften, nicht erschöpft. Auf der Tagesordnung des Parteitages steht auch das Referat über den internationalen Arbeiterkongreß zu Amsterdam. Gewiß, der Verlauf des Amsterdamer Kongresses hat das gesamte internationale Proletariat in einer Weise befreit, wie kein anderer Kongreß. Was diesem Abschlußpunkt aus

betrachtet, wäre kaum viel über ihn zu reden. Aber der Amsterdamer Kongreß behandelte auch die Frage des Generalstreiks, und an die Erörterung dieser Frage knüpften sich vor, während und nach dem Kongreß, speziell unter uns deutschen Sozialdemokraten, Erörterungen, die in Bremen, man mag das begrüßen oder bedauern, ihre Fortsetzung finden werden. Wir brauchen nur an den Namen des Genossen Dr. Friedberg zu erinnern. Außerdem erlangt diese Frage allmählich eine solche Bedeutung, es haben sich verschiedene, in ihren sonstigen Anschauungen sehr stark differierende Personen, wie der Genosse Bernstein auf der einen, die Genossen Kautsky, Clara Zetkin und Parvus auf der anderen Seite, so lebhaft für denselben als ein wichtiges politisches Kampfmittel ausgesprochen, daß eine Diskussion von ziemlichem Umfang gar nicht vermieden werden kann. Um so weniger, da die Führer unserer großen Gewerkschaften fast sämtlich gegen den Generalstreik sind, einerlei für welche Zwecke er inszeniert werden soll. Kommt eine solche Debatte, und sie ist unvermeidlich, so kann sie leicht einen halben, selbst einen ganzen Tag den Parteitag kosten.

Eng verknüpft mit den Verhandlungen des Amsterdamer internationalen Kongresses ist die Behandlung der Maßforderung des Parteitages. Auch hierüber sind divergierende Anschauungen unter uns vorhanden und ist eine längere Erörterung nicht ausgeschlossen.

Sind die Verhandlungen der Parteiversammlungen über den Bremer Parteitag ein Gradmesser für das, was uns in Bremen beschäftigen wird, dann dürfte auch eine Erörterung des „Falles Schippel“ uns nicht erspart bleiben. Wir gehen hier auf eine Erörterung dieser Angelegenheit nicht ein. Kommt dieselbe aber in Bremen zur Sprache, so liegt eine zoll- und handelspolitische Debatte in der Luft, und welche Zeit diese dann in Anspruch nehmen dürfte, das wissen die Götter.

Aus dem Verlauf des vorjährigen Parteitages in Dresden sollte die Partei soviel Erfahrung gesammelt haben, daß es unmöglich ist, vorher zu bestimmen, welche Zeit eine die Gemüter erregende Frage kosten kann. Wer vor dem vorjährigen Parteitag prophezeit hätte, die scheinbar so einfach liegende Frage der Mitarbeit von Genossen an bürgerlichen Blättern würde den Parteitag zwei volle Tage der erregtesten Debatten kosten, und die Frage der Taktik, auf deren Erörterung sich die Erregung der ersten Debatte übertrug, mehr als drei Tage in Anspruch nehmen, wäre von jedermann ausgelacht worden. Nun hoffen auch wir, daß uns ähnliche Debatten wie in Dresden erspart bleiben, aber das schließt nicht aus, daß die Diskussion über die erwähnten Punkte in Verbindung mit der Debatte über den Vorstandsbericht auch bei ruhigster, sachlicher Erörterung ein Zeitmaß in Anspruch nehmen, daß, soll nicht abermals die Beratung der Anträge der Parteigenossen dabei zu kurz kommen, eine weitere Belastung der Tagesordnung des Parteitages als höchst unzulässig erscheint.

Statt dessen ist in einer Anzahl Parteiversammlungen beschlossen worden, auch die Erörterung der Schulfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen. Weiter wird von anderen gewünscht, die reaktionären Anschläge auf das Reichstagswahlrecht zu erörtern und sich klar zu werden, was geschehen müsse, wenn ein Attentat auf dasselbe erfolge. Wieder andere wünschen die Sicherung des Koalitionsrechtes zur Debatte gestellt zu sehen usw.

Wir warnen auf das nachdrücklichste vor einer Erweiterung der Tagesordnung des Parteitages. Die oben erwähnten Punkte wie Generalstreik, Maßforderung, „Fall Schippel“ stehen in so engem Zusammenhang mit dem einen oder anderen Punkte der Tagesordnung — der „Fall Schippel“ mit der Tätigkeit der Fraktion, die beiden anderen Punkte mit dem Bericht über den Amsterdamer Kongreß —, daß der Parteitag ihre Erörterung gar nicht verhilten kann. Anders, wenn es sich um neue und besondere Fragen für die Tagesordnung des Parteitages handelt. Gewiß, die Erörterung der Schulfrage ist für die Partei sehr wichtig. Aber nicht wichtiger als die Erörterung von einem halben Duzend anderer Programmporderungen. Brennend ist die Frage nicht. Niemand wird behaupten können, daß diese Frage im Laufe des nächsten Jahres eine Gestalt annehmen werde, die ein besonderes Eingreifen von unserer Seite erfordert. . .

Die Erörterung der Schulfrage kommt auch noch recht, wenn wir sie auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages setzen. Es muß alsdann zugleich auch der Punkt 6 der Forderungen unseres Parteiprogramms: Erklärung der Religion zur Privatsache usw. miterörtert werden, insofern dieser Punkt die Trennung der Schule von der Kirche und der Kirche vom Staate einschließt. Die Schulfrage kann tatsächlich ohne Einbeziehung des Punktes 6 gar nicht gründlich erörtert werden. Es ist hierbei auch alsdann Gelegenheit gegeben, die falsche Auffassung, die über die Bedeutung und den Sinn der Forderung in Punkt 6 unseres Programms innerhalb und außerhalb der Partei besteht, zu berichtigen.

Das geplante oder beabsichtigte Attentat auf das Reichstagswahlrecht zum Gegenstand einer Debatte auf dem Parteitag zu machen, wäre ein großer taktischer Fehler, den kein Parteimitglied am liebsten eine Partei machen darf. Erlaubt

die Parteipresse von solchen Attentatsplänen, so ist es ihre Pflicht, die Aufmerksamkeit der Partei darauf zu lenken, also die Rolle des Wächters und Warners zu übernehmen. Aber das eine große Partei gegen Projekte, die noch keine greifbare Gestalt angenommen haben, gewissermaßen ins Blaue einen Feldzug unternehmen und Maßregeln zur Abwehr beschließen soll, wäre das Verkehrteste, was geschehen könnte.

Ebenso wenig können wir uns dafür begeistern, den Parteitag mit der Frage zu beschäftigen, wie das Koalitionsrecht gesichert werden könne. Wie es gesichert werden kann, darüber sind wir uns alle klar, das zeigen die Anträge, welche die Fraktion zu wiederholtenmalen und auch jetzt wieder dem Reichstag vorgelegt hat. Aber die Mehrheit des Reichstags und die Mehrheit der Regierungen zu zwingen, unseren Anträgen zuzustimmen, dazu fehlt uns vorläufig die Macht. Man unterschätze nicht den Wert der parlamentarischen Aktion, aber man überschätze ihn auch nicht. In der Position, in der wir uns gegenwärtig befinden, können wir leichter ein Attentat gegen die Arbeiterklasse abwehren, als eine gute Forderung zu ihren Gunsten durchsetzen. Schaffen wir uns mehr Macht, durch gute Organisation und eifrige Agitation, durch Aufklärung und Gewinnung der uns fernstehenden Massen. Suchen wir bei kommenden Wahlen statt drei Millionen es auf sechs und sieben Millionen Stimmen zu bringen und wir können vieles erlangen, was jetzt noch unmöglich ist.

Für Bremen muß die Losung sein: Arbeiten wir gründlich, damit wir gute Arbeit machen.

Nachschrift: Der vorstehende Artikel war bereits im Saal fertig, als mir die Septemberrummer der „Sozialistischen Monatshefte“ zugeing. In derselben veröffentlicht Genosse Eduard Bernstein einen Artikel, betitelt: Die Programmrevision und der Bremer Parteitag, in welchem er sich gegen eine Sonderberatung eines Kommunalprogramms ausspricht, daselbe vielmehr in das allgemeine Parteiprogramm aufgenommen und mit demselben zusammen beraten wünscht.

Das Vorgehen der Partei ist nicht neu. Mit demselben Rechte hätte sich Bernstein schon 1895 gegen eine besondere Beratung eines Agrarprogramms aussprechen können. In dem aber die Partei sich auf die Beratung solcher Spezialprogramme einließ, handelte sie durchaus korrekt; sie sagte damit, daß es Gebiete gibt, die einer solchen speziellen Bearbeitung bedürfen, daß für diese ein besonderer Wegweiser in Form eines Spezialprogramms eine Notwendigkeit ist. Lehnte die Mehrheit der Parteimitglieder auf dem Dresdener Parteitag das Agrarprogramm ab, so nicht, weil sie kein solches wollte, sondern weil sie dem vorgelegten Programm glaubte die Zustimmung versagen zu müssen. Ueber die Notwendigkeit eines speziellen Agrarprogramms besteht wohl auch heute noch bei der sehr großen Mehrheit der Parteigenossen kein Zweifel, dafür sprechen schon die beiden Bücher, die über die Stellung der Partei zu der Agrarfrage geschrieben wurden.

Ähnlich verhält es sich mit einem Kommunalprogramm, nur daß auf diesem Gebiet weit leichter eine Ueberstimmung zu erzielen ist, als in puncto Agrarprogramm.

Was verlangt werden muß, ist, daß das Kommunalprogramm beziehungsweise ein Agrarprogramm nicht im Widerspruch steht mit dem allgemeinen Parteiprogramm. Eräte ein solcher Widerspruch ein, dann wäre allerdings eine Aenderung des allgemeinen Parteiprogramms eine sofortige Notwendigkeit. Ein Widerspruch zwischen dem Kommunalprogramm und dem allgemeinen Parteiprogramm ist aber nicht zu befürchten und daher eine Revision des letzteren, die Bernstein abermals anregt und für die ich mich, wie er richtig anführt, schon vor drei Jahren in Lübeck ausgesprochen habe, nicht eilig. Nach meiner Auffassung wird es sich bei Aenderung des Parteiprogramms weit weniger um eine grundsätzliche als um eine formale Aenderung einiger Sätze handeln, die leicht mißverstanden werden können und zum Teil mißverstanden worden sind. Das muß bei einem Parteiprogramm, das namentlich wie das unsere für die Massen berechnet ist, vermieden werden. Wenn ich bisher die Anerkennung von der Notwendigkeit einer Revision des Parteiprogramms nicht in Form eines Antrags geltend zur Niedersetzung einer Kommission, so war hierbei in erster Linie der Wunsch maßgebend, die Resultate der nächsten deutschen Gewerbebeziehung abzuwarten, weil mit Tatsachen vor Augen sich weit leichter streiten, aber auch verständigen läßt, als mit unfruchtlichen Theorien. Durch die Hinausschiebung der Gewerbebeziehung vom Jahre 1905 auf das Jahr 1907 ist allerdings dieser Termin höchst unlieb verlängert worden, was aber vielleicht im Interesse der kritischen Punkte — und hierbei steht bekanntlich im Vordergrund der Streit über die Entwicklungstendenzen in der Landwirtschaft — nicht zu bedauern ist. Auf keinen Fall aber kann die weitere Hinausschiebung der Revision des Parteiprogramms ein Grund sein, auf die Beratung eines Kommunalprogramms jetzt zu verzichten. Hier handelt es sich um Fragen praktischer Natur, mit denen sich unsere Genossen fast täglich zu beschäftigen haben und über diese haben wir uns bisher allseitig verhältnismäßig leicht verständigt. . . .

England und Japan.

Die Nachrichten vom Kriegsschauplatz in der Mandchurie fließen wieder einmal recht spärlich. Es scheint indessen, als ob die Japaner in ihrem Vormarsch nach Mukden noch immer nicht halt machen, wenngleich sie ihre Bewegungen so geschickt zu verdecken wissen, daß man darüber Näheres nicht erfährt, während sie selbst wohl über die Stellung der Russen ziemlich genau informiert sein dürften. Der japanische Marschall Oyama meldet, daß große Massen russischer Kavallerie bei Pingtailza, östlich von Jentai, sich gezeigt hätten. Russische Infanterie befände sich mit Artillerie längs der Eisenbahn zwischen Jentai und Mukden. Oyama fügt noch hinzu, daß die Russen wohl nur die Fühlung behalten wollten. Nach einer aus Tieling in Petersburg eingetroffenen Meldung gehen die Japaner jetzt wieder schnell vor. Sie verstehen es dabei ganz vorzüglich, durch fortwährendes Zurückhalten und Verschleiern ihrer Armeen die Bewegungen zu verschleiern. Die Verstärkung der Russen durch frische Truppen helfe diesen wenig, da die Japaner ebenfalls bedeutende Nachschübe von Kantschwang erhalten. Die Gefahr, daß Kuroki's Armee nach Norden marschierend die Eisenbahnverbindung unterbricht, bestehe dauernd für die Russen fort und überhaupt bleibe die Initiative zu handeln zunächst immer noch in den Händen der Japaner. Nach einer Drahtung aus Tokio machen die Russen allerdings schwere Anstrengungen, den Vormarsch der Japaner aufzuhalten. Nach einem der „Daily Mail“ aus Stenmington übermittelten Bericht liege ein kategorischer Befehl des Zaren vor, Liaojang wieder zurückzuziehen. Man erwarte deshalb noch eine Schlacht vor Mukden. Der russische Rückzug nach Norden geht unaufhörlich weiter. Am Freitag wurden die Russen 8 Kilometer südlich von Mukden angegriffen. Die russischen nach Lapinschen geschickten Truppen zogen sich nach schweren Verlusten zurück. Die Japaner, die bisher immer glaubten, daß die Russen, entgegen dem internationalen Vertrage, die berückichtigten Dampfer benutzen, behaupten, daß dies nunmehr bestritten sei. Die japanische Gesandtschaft in London erhielt ein amtliches Telegramm, wonach von der Mandchurienarmee berichtet wird, daß in Liaojang zwei Arten von Dampfbomben gefunden wurden. Diese gleichen den Patronen, die für das russische Artilleriewerk von 1890 verfertigt sind und man habe starken Verdacht, daß mehrere Verwundungen japanischer Soldaten durch diese Dampfbomben verursacht wurden.

Die Gesamtverluste der japanischen Armee in den Kämpfen bei Liaojang seit dem 26. August werden nach einer amtlichen Meldung aus Tokio auf 17 539 Mann beziffert, einschließlich 136 Offiziere tot, 464 verwundet. Auf dem rechten Flügel der Armee entfielen davon 4866, auf das Zentrum 4992 und auf den linken Flügel 7681 Mann. Aus angeblich zuverlässiger Quelle wird noch aus Tokio berichtet, daß die japanischen Verluste vor Port Arthur bis jetzt mehr als 9000 Tote und Verwundete betragen. Die zurückgelassenen verwundeten Soldaten entwerfen granatensichere Schreckensbilder von den Zuständen vor der Festung. Viele von ihnen haben das Angesicht eingebüßt infolge des ungelöschten Pulvers, den die Russen in die Schützengruben und Schanzgräben warfen. In Japan machte sich, so heißt es zum Schluß in der Meldung, eine regierungsfremde Stimmung bemerkbar, weil die Behörden alle Nachrichten aus Port Arthur unterdrücken. (2)

Ueber die sonstige Lage bei Port Arthur liegen zuverlässige Meldungen nicht vor. Das früher, russischer Quelle weiß das „Berl. Tsgl.“ zu berichten, ein auf eine Mine gerichteter japanischer Torpedo sei in der Tschahai gelandet, ferner sei der japanische Kreuzer „Tschijima“ auf eine Mine geraten, welche dann fast zur Seite und geriet in Brand. Ebenso soll vor Port Arthur eine japanische Batterie auf dem Schellberg nach den dortigen Besichtigungen vernichtet worden sein. Es wären in den letzten Tagen russischerseits viele gelungene Artilleriebeschüsse ausgeführt worden. Der „Berl. Tsgl.“ wird schließlich noch aus Petersburg vom 12. d. Mts. gemeldet: In einer in Port Arthur durchgeführten japanischen Niederlage, welche die Chinesen vor dem chinesisch-japanischen Kriege erlitten hatten, wurden 50 000 bis 100 000 Granaten, einige hundert alte Kruppgeschütze, die noch tauglich sind, große Mengen Silber von guter Beschaffenheit und ungefähre auch Gewehre und Patronen in großen Mengen gefunden.

Die russische Flottenflotte unter Admiral Roschidschewsky ist vorzeitig abgegangen gegen 2 Uhr vom Kronstädter Hafen nach dem fernen Osten in See gegangen. Es hat damit eine der größten, aber auch eine der gewagtesten maritimen Unternehmungen aller Zeiten ihren Anfang genommen. Auf dem 14 000 Stawden langen Wege, den die russische Flotte zu durchqueren hat — wir nehmen dabei an, daß sie durch den Sundland, nicht um das Kap der guten Hoffnung gehen wird —, findet sie nirgends eine Gelegenheit zur Refrakteszenz, denn sie kann nur zentrale Stationen anlaufen, und hier können ihr ja die Besatzungen keine Rationen geliefert werden. Die russische Flotte muß demnach eine große Anzahl von Landungsgruppen mitführen. Jedenfalls wird der gewaltige Trupp, der sie auf ihrem Wege nach Ostasien begleitet, ihre Bewegungen nicht leicht verlagern können. Man kann annehmen, daß sie mindestens zwei Monate unterwegs wird sein müssen. Das Hafen von Port Arthur wird sie verschließen haben. Ist es, daß er bereits in den Händen der Japaner ist, ist es, daß er noch von der japanischen Flotte blockiert und von den Geschützen der Belagerer beschossen wird. Sie dürfte also nur ihren Kurs am Beringsee ändern. Dieser Hafen aber ist in der Regel um die Mitte des Dezember zu. Das es den in Port Arthur liegenden Schiffen gelingen sollte, sich mit der Flotte zu vereinigen, erscheint nach Lage der Dinge ausgeschlossen. Nur im Falle, daß sie sich im Laufe des Jahres nach Ostasien wenden, ist in der Straße zwischen Gotsch und Tschjo die größte Gefahr, den Besatzungen der russischen Flotte zu entgehen. Die Chancen haben also für die russische Flottenflotte nicht gerade gute. Sie werden längs gehen und von dem Lande zurückbleiben, die sich mit dem Lande und dem Meer ergötzen. Ob die Flotte die russische Flotte erreicht, ist fraglich.

Er die Flotte auf dem Kronstädter Hafen...

erlangen können, machen sie Jagd auf japanische Spione, bei der sie mehr Chancen haben. So wurden in Petersburg in den letzten Tagen zwei Japaner verhaftet, die vor Ausbruch des Krieges als Handlungsgehilfen dort tätig waren. Einer derselben war zur orthodox-katholischen Kirche übergetreten und war mit einer Russin verheiratet. Aus den in der Wohnung der Verhafteten vorgefundenen Papieren geht angeblich hervor, daß beide Japaner Marineoffiziere sind, die Spionage betrieben. Das „Berl. Tsgl.“ will sogar schon wissen, daß die beiden Verhafteten Saratori und Mamasu heißen, sowie daß das bei der Hausdurchsuchung zutage geförderte Material sie als Urheber verschiedener Anschläge gegen die britische Flotte bloßzustellen scheint.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Brot wird teurer. Die Getreidepreise an den deutschen Fruchtmärkten haben während des August eine merkliche Steigerung erfahren, was um so mehr zu beachten ist, als sonst von Juli auf August eine Ermäßigung einzutreten pflegt. Die Preissteigerung erstreckt sich auf sämtliche Getreidearten. Der Durchschnittspreis für den Doppelcentner Weizen stellte sich fürs Reich auf 17,51 Mk. gegen 17,20 Mk. im Juli und 16,00 Mk. im August vorigen Jahres. Am höchsten von den einzelnen Provinzen und Staaten war der Durchschnittspreis in Elsaß-Lothringen mit 18,58, am niedrigsten in Westfalen mit 16,25 Mk. Roggen stieg im Durchschnitt für das gesamte Reich von 13,40 auf 13,52 Mk. Als höchste Preise wurden für Preußen, Bayern, Württemberg und Baden 16 Mk. notiert. Teures Brot, teure Kartoffeln — schlechte Aussichten für den Winter!

Nationale Schweinepest. In den Dogmen der agrarischen Weltanschauung gehet der Satz, daß alles, was die deutsche Landwirtschaft produziert, gut, jedes Agrarprodukt des Auslandes dagegen mehr oder minder schlecht sei. Das dänische Rind hat Tuberkulose, der amerikanische Schinken enthält Trichinen, das kalifornische Obst ist mit San Jose-Schildläusen befallen etc. etc. Darum: Spart die Grenzen! Hermetisch! Dann wird es in Deutschland keine verbotenen Nahrungsmittel und keine Viehsuchen mehr geben. So die agrarische Theorie. Daß sie fast tagtäglich von den Tatsachen widerlegt wird, geniert die Herren weiter nicht. Einen kleinen Beitrag recht überzeugender Art zur Herabsetzung der agrarischen Legendenbildung liefert eine Meldung, die aus Grimma i. S. kommt: In Frauwalde auf Hohenburg tritt seit einigen Tagen die Schweinepest auf. Sie ist nachgewiesenermaßen aus Westpreußen eingeschleppt; bereits 20 Schweine mußten getötet werden. Die Krankheit besteht in einer Darmentzündung, die mit rascher Abmagerung, gründartigem Hautausschlag und zuweilen Verklebung der Augen verbunden ist. Da man kein anderes Gegenmittel als das Töten der Kranken wie der gesunden Tiere des Stalles, in dem die Krankheit sich zeigt, kennt, so wäre zu wünschen, daß der Seuche Einhalt geboten werden könnte. Diese Schweinepest kann nicht aus dem Ausland kommen. Denn nach Westpreußen dürfen ausländische Schweine überhaupt nicht eingeführt werden. Trotzdem wird natürlich nach wie vor in der gesamten agrarischen Presse gebrablt, daß nur die Grenzsperrung vor Viehsuchen schütze.

Bei den Knappheitswahlen für das Ruhrgebiet, die Sonnabend stattfanden, erlangten, wie nunmehr bestätigt wird, tatsächlich die Kandidaten des (alten) Bergarbeiterverbandes die Mehrheit. Von 310 Mandaten erhielten sie 177; die übrigen fielen dem Verbande der christlichen Bergarbeiter, den Polen und Unorganisierten zu.

Von der bayerischen Zentrumspartei in Dantenhausen am Sonntag berichtet die „Frankf. Ztg.“: Bei der Jahresversammlung des Bayerischen Bauernvereins sprach Dr. Ortner 1½ Stunden lang in strömendem Regen im Freien. Er gab als Wahlparole die Wahlparole an: Eine weitgehende Aenderung der bisherigen Wahlkreisinteilung sei für die Neuwahlen notwendig, das sei der Prüffstein für die Regierung. Man werde da sehen, wie die alten Minister (Niedel und Freilich) zu den neuen Ministern sich ständen. Ueber das Kompromiß mit der Sozialdemokratie wisse er zur Stunde garnichts, möglich sei, daß man aus lokalen Gründen und zur Brechung der Tyrannei der Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten gehe, die man sonst schon bekämpfe. Redner verlangte eine angemessene Berücksichtigung des Zentrum (Z) durch die Regierung. Bei Berührung der Affäre des Kriegsministers v. Aig sagte Ortner, dessen Haltung sei einfach bezeichnend gewesen.

Neues vom Ballin-Russendienst. Dem „Vorwärts“ wird berichtet, daß neuerdings nicht nur an der Grenze, sondern auch unterwegs in den von Ostien kommenden Zügen durch die preussischen Bahnbefugten Revisionen der Pässe vorgenommen werden, und zwar ausschließlich in der vierten Wagenklasse. Die Beamten berufen sich dabei auf neue Instruktionen und fügen hinzu, daß russische Reisende, welche ohne ordnungsmäßigen Paß betroffen würden, an die Grenze zurückgebracht werden sollen.

Nach ein Steuerprozeß. Nicht bloß der Kronprinz mag keine Steuer zahlen, wenn ihn das Gesetz nach seiner Meinung nicht dazu verpflichtet. Auf ein steuerpflichtiges Einkommen von 930 Mark ist jüngst im sozialen Königreich Braunschweig ein Krüppel eingeschätzt worden, der sich mühsam auf zwei Stühlen fortbewegt und zuletzt 282 Tage in der Heilanstalt gelegen hat. Die Steuerbehörde hat ihm auf die „Einkommen“ angedreht: Krankengeld 31 Mark, Familienunterstützung 39 Mark, Wert des Unterhalts in bismarck'schen Heilanstalten 225 60 Mark, Verdienst der Ehefrau 453 90 Mark. Das macht (in zehn Monaten) 820,09 Mk., auf das Jahr berechnet 984,10 Mark, davon (ob, soziale Gerechtigkeit!) ab für ein Kind 50,00 Mark, bleibt also ein „Einkommen“ von 930 Mark. Der Mann will sich beim Finanzminister beschweren. Der Kronprinz führt Prozeß. Wir werden über den Ausgang der beiden Steuerangelegenheiten berichten.

Wer da hat, dem wird gegeben. . . . Der Direktor Deumbeaum der Preussischen Pfandbriefbank teilt ein Jahreseinkommen von 70000 Mark, außerdem als Anwartschaft von fünf großen Gehältern und beträchtliche Einkünfte, und da er zudem ein gutes Privatvermögen hat, so wird sein Gesamtver-

mögen auf etwa eine Viertelmillion Mark geschätzt. Dieser Herr bezieht aber außerdem noch, wie der „Köln. Ztg.“ behauptet, als Kriegsbildner eine staatliche Jubiläumspension von 45 Mark monatlich. Man sieht daran, wie bei uns für die Kriegsinvaliden gesorgt wird; auch der Reichste wird nicht vergesen!!!

Die Justiz im Klassenstaat. Schon wieder hat die Strafkammer in Stendal ein Urteil gegen einen Streikenden gefällt, das denen von Breslau in nichts nachsteht und ebenso wie das Urteil vom 28. August ungeheures Aufsehen und große Erregung hervorruft. Wie man der „Magd. Volkszt.“ meldet, wurde Montag der Maurer Franz Engel aus Tangermünde wegen angeblicher Beleidigung und Bedrohung des bekannten Arbeiterwilligen, Maurers Raab, zu der überaus harten Strafe von 8 (acht) Monaten Gefängnis und sofortiger Verhaftung verurteilt! Wegen desselben Raab erhielt am 28. August der Maurer Heilmann aus Tangermünde 6 Monate Gefängnis! — 14 Monate Gefängnis! Und doch schreien die Scharfmacher immer noch über den Mangel an ausreichendem Arbeitswilligen-schuh!!!

Vom Herero-Kriegsschauplatz meldet Trotha aus Djosondou: Estorff ist am 9. ss. bei Dwinana-Mana auf die abziehende Werst Samuel Mahareros und nahm sie nach kurzem Widerstand in dichtem Busch. 50 Hereros sind tot. Diesseits ein Ketter leicht verwundet. Der Haupttrupp der Hereros ist anscheinend auf der Flucht nach Südosten. Detailing ist im Vormarsch von Oparakane nach Osten. Estorff folgt über Okarapoto. Reizenstein speert die Wasserstellen von Djiarabinde und Okarapoto. Weiter folgt Detmold über Oparakane. Das Kommando befindet sich in Oparakane. Wie man sieht, handelt es sich wiederum nur um Einzelkämpfe, denen eine entscheidende Bedeutung nicht beizumessen ist. Der Haupttrupp der aufständischen Hereros ist es abermals gelungen, nach Südosten durchzubrechen. — Nach dem Kampfe, der am 30. August im Süden der Kolonie stattfand, und bei welchem Leutnant v. Stempel und Sergeant Stolle gefallen sind, hat sich ihre Truppe verjüngt, da sie offenbar zu schwach war, dem Felde weiteren offenen Widerstand zu leisten. Ueber ihre Entsehung berichtet jetzt folgende weitere Meldung des Gouverneurs Leutwein: Die unter Unteroffizier Eberndel auf Walbein verschollene Abteilung Stempel ist von Marengo erfolglos am 4. d. Mts. vormittags bis Sonnenuntergang angegriffen und dann durch einen Zug unter Leutnant Schmidt, der Kompagnie Kopp, entsetzt worden. Diesseits verwundet: Gefreiter Diesner, Fleischhauer rechter Oberarm. Zunächst ist also die kleine Truppe aus ihrer gefährlichen Lage befreit. Ob aber die Hilfe ausreichend ist, um dem aufständischen Hererobastard Marengo und seinen Hottentotten das Handwerk zu legen, bleibt noch sehr zweifelhaft.

Ueber blutige Unruhen in Deutsch-Nieu-Guinea meldet Reuters Bureau über Brisbane: Hier ist eine Nachricht aus Deutsch-Nieu-Guinea eingelaufen, wonach eine Abteilung Eingeborener die katholische Mission angegriffen hat und die Priester Mathias Raschen, Heinrich Kathar, die Brüder Josef Bley, Eduard Blarischalot und Schellekens und die fünf barmherzigen Schwestern getötet worden sind. 36 Eingeborene wurden gefangen genommen und 16 für ihr Verbrechen hingerichtet. Ihre Wüste war angeblich, alle Weissen zu ermorden, doch gelang ihnen dieses Vorhaben nicht. Inzwischen liegt auf eine amtliche Befestigung dieser Reuter-Meldung vor. Nach dem Montag in Berlin eingegangenen Telegramm des Gouverneurs in Herbsthöhe sind am 13. August die Missionsstationen Sankt Paul, Racherunep und die Trappisten-Niederlassung in den Baining-Bergen auf der Gazellenhalbinsel durch Eingeborene überfallen worden. Dabei wurden getötet die Priester Raschen und Kathar, die Brüder Bley, Blarischalot, Schellekens, sowie die Schwestern Goller, Waska, Utsch, Schmitt und Kath. Die Polizeitruppe nahm sofort die Verfolgung der Räuber im Gebirge auf. Ein späteres amtliches Telegramm des Gouverneurs berichtet dann noch, daß in den Bainingbergen die Ruhe wieder hergestellt sei. 15 Eingeborene seien im Kampfe erschossen und 21 gefangen genommen. Die Verfolgung dauere fort.

Kleine politische Nachrichten. Nicht nette Aussichten eröffnen sich für die preussischen Steuerzahler. Offiziell wird nämlich gemeldet: Der nächstjährige preussische Staatshaushaltsetat wird wiederum mehrere Forderungen für die weitere Bekämpfung des Polentismus in den Ostmarken enthalten, und aller Voraussicht nach wird dauernd mit derartigen Ausgaben zu rechnen sein. — Beschlag nah wurde in Berliner Buchhandlungen am Sonntagabend ein Buch über Wilhelm II. Es hat den Titel „Wilhelm II., wie er geschilbert wird, und wie er ist“, und ist angeblich von einem alten Diplomaten geschrieben. — Neue Opfer hat der Typhus in Deutsch-Südwestafrika gefordert. Reiter Mar Rinleib, geboren in Hendorf, früher Trambataillon Nr. 4, ist im Lazarett Oshandja, Reiter Rößner, geboren zu Langenallheim, im Lazarett Oshandja am Typhus gestorben. — Auf den neuen Erbriden wurden vier französische Matrosen ermordet; ferner ermordeten Eingeborene der Neuen Erbriden auf einem anderen französischen Schiff den Kapitän und einen Matrosen. — Auf dem in den torenantischen Gewässern stationierten italienischen Kriegsschiff „Marco Polo“ verunglückten durch eine Explosion ein Matrose und zwei Geisereiblich. — Aus Anlaß der letzten Bombenattentate sind in Barcelona eine große Anzahl Anarchisten verhaftet worden. Bei Untersuchung der Bombe, die im Justizministerium geworfen wurde, wurde angeblich festgestellt, daß sie Dynamit enthielt. Man schließt hieraus, daß die Bombe im Auslande verfertigt worden ist. — Marokko hat Schulden bezahlt. Reuters Bureau meldet aus Tanger: Die marokkanische Regierung beglich die Schulden an deutsche, englische und französische Firmen für Prägekosten usw. — Der Präsident Bardo von Peru übernimmt Ende des Monats seine Präsidentschaft, zu der er mit bisher nie erreichter Mehrheit von 12 000 Stimmen gewählt wurde.

Rußland.

Neue Judenbege. Nach Lemberger Depeschen

fanden in Smela, nächst Kiew, große Judenexzesse statt. Schulknaben plünderten Geschäfte der Juden. Bauern demolierten deren Wohnungen, gleichzeitig keilten 1500 Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten ihre Arbeit ein und beteiligten sich an den Plünderungen. 400 Mann Militär beendigten schließlich die Exzesse. In Sosnowice, an der schlesischen Grenze, kam es Sonntag ebenfalls zu recht heftigen Judenexzessen. Die Juden feierten ihr Neujahr, und bei den Feiern bewarfen junge Burshen die Israeliten mit Steinen, was letztere dann erwiderten. Dabei wurde ein Kind leicht verletzt. Bald entstand das Gerücht, die Juden hätten ein Kind getötet. Trupps von Arbeitern rotteten sich daraufhin zusammen, durchzogen die Straßen und zertrümmerten die Scheiben jüdischer Wohnhäuser, Bäckereien, des Synagoge sowie mehrerer Bäder. Mehrere Juden, auch Frauen, wurden durch Steinwürfe und Messerstücke verletzt. 10 Verhaftungen wurden vorgenommen. Schließlich fanden auch noch in der Kreisstadt Kowno Exzesse gegen die Juden statt, die von Soldaten veranlaßt wurden, welche auf dem Markt mit jüdischen Obsthändlern in Streit geraten waren. Die Soldaten rotteten sich zusammen, mißhandelten die Juden und verhafteten deren Häuser und Läden. Sie verhafteten ihre Offiziere den Gehorsam und konnten nur durch die Anwendung von Feuerspritzen auseinander getrieben werden.

Frankreich.

Die Dockarbeiter in Marseille nahmen Montag in erheblichem Umfange die Arbeit wieder auf, während die eingeschriebenen Seeleute beschloffen, nur dann wieder an Bord zu gehen, wenn alle Reedereien den gleichen Kontrakt mit ihnen schließen, wie die Kompagnie Transatlantique.

Süden und Nachbargebiete.

Dienstag, den 13. September 1904

Die politische Rückständigkeit so mancher Handwerkerkreise hat sich — so schreibt man uns aus unserem Leserkreise — wieder einmal auf dem hier im Laufe der vergangenen Woche versammelten „Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertage“ in vollem Maße der Öffentlichkeit gezeigt. Wieder war es der Beschäftigungsnachweis, der wie immer, so auch jetzt im Vordergrund der Verhandlungen stand und den Geist der Zünftler beherrschte. Weil die verbündeten Regierungen die auf den vorangegangenen Tagungen in Berlin, Darmstadt, Leipzig und München beschlossenen Resolutionen auf Einführung des Beschäftigungsnachweises für das Baugewerbe nicht weiter beachtete, soll jetzt die hier in Südbeschloffenen Resolution als erste Etappe auf dem Wege zur Einführung des Beschäftigungsnachweises für das ganze Handwerk den Regierungen präsentiert werden. Der Umstand, daß der als Vertreter der Reichsregierung anwesende Geheimrat Regierungsrat Spielhagen in seiner Begrüßungsrede das große Interesse seines Chefs, des Grafen v. Posadowsky, für die Verhandlungen der so „überaus stark besuchten“ Versammlung bezeugte, gab dem Kunsttischlermeister und Reichstagsabgeordneten Euler-Bensberg (Zentrum) die willkommene Gelegenheit, seiner Meinung dahin Ausdruck zu geben, daß, wenn die verbündeten Regierungen jetzt endlich begännen, auf die hier gefassten Beschlüsse ein gewisses Gewicht zu legen, sie auch die Initiative ergreifen und eine Novelle betr. die Einführung des Beschäftigungsnachweises für das Bauhandwerk im Reichstag einbringen möchten. Dabei führte er den von fast allen Bundesstaaten entsandten zahlreichen Vertretern recht eindringlich zu Gemüte, daß, wenn dieses nicht geschehe, sie — die ehrsamten Zunftbürger — Veranlassung nehmen würden, höchst eigenhändig einen derartigen Initiativantrag selbst einzubringen, damit wenigstens in dieser Beziehung dem deutschen Handwerk einmal geholfen werde. Daß dieses Sorgeben aber nicht weiter wie ein Ewiges Wasser bedeuten, liegt für jeden, der das Schicksal zünftlerischer Bestrebungen auf diesem Gebiete auch nur oberflächlich verfolgt hat, auf der Hand. Nach dem wiederholt im Reichstag von Regierungsrat Spielhagen abgegebenen Erklärungen ist es von vornherein ausgeschlossen, daß die verbündeten Regierungen einen derartigen Initiativantrag beim Reichstag einbringen, und ebenso wenig würde auch ein auf Grund eines zünftlerischen Initiativantrages von der erregten Reichstagsmehrheit beschlossenes Gesetz von den verbündeten Regierungen akzeptiert werden und in die Gesetzesammlungen Aufnahme finden. Die Drohung hätten die Herren sich also lieber ersparen sollen, inwiefern sie im zwanzigsten Jahrhundert mit derlei Kodumontaden keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken.

In Form von Initiativanträgen, Resolutionen und Petitionen spukt dieser leidige Beschäftigungsnachweis nun schon länger als zwanzig Jahre im Reichstag herum und ist bis zur völligen Erschöpfung auch über ihn verhandelt worden. Wenn die Herren sich nun jetzt mit der Hoffnung tragen, auf dem Umwege über das Bauhandwerk zum Beschäftigungsnachweis für das ganze Handwerk zu gelangen, so werden sie in ihren Hoffnungen arg getäuscht werden, denn nachdem schon der preussische Minister Bresfeld im Landtage am 17. Januar 1899 darauf hingewiesen hatte, daß durch den Beschäftigungsnachweis für das Baugewerbe noch lange nicht die Bauunfälle verhäutet würden, daß es vielmehr als erwiesen angesehen werden könne, daß ein großer Teil und im allgemeinen wohl der größere Teil der Bauunfälle diejenigen zur Last falle, die die Beschäftigung besaßen, und nicht denjenigen, die sie nicht besaßen, mußte auch Posadowsky am 8. Februar 1903 im Reichstag erklären, daß die Möglichkeit einer Einführung des Beschäftigungsnachweises für das Baugewerbe trotz der angestellten Erhebungen noch lange nicht entschieden sei. Wenn trotz alledem der Südbescherer- und Gewerbekammertage wiederum den längst abgefallenen Gaul munter weiter jammerte, so hat er dadurch nur seine erregten Rückständigkeit in jeglichen sozialpolitischen Fragen aufs neue dokumentiert. Ständen doch neben dem Beschäftigungsnachweis noch mancherlei andere zünftlerische Forderungen auf der Tagesordnung. So z. B. die Erweiterung der Rechte des Meisters und den Schutz des Gesellenstandes, die Beteiligung der Beamten an Konsumvereinen, die Meisterkurse und Fabrik und Handwerk. Daß auch die Schaffung von Arbeitgeberverbänden für Handwerker mit zur Verhandlung stand, versteht sich am Bande. Und alle diese einer längst vergangenen Zeit angehörenden Dinge fanden im echt zünftlerischen Geiste im Gegenwärtigen einer großen Anzahl Regierungsvertreter der verschiedensten Bundesstaaten ihre prompte Erledigung. Wird Posadowsky dem kommenden Sturm der Zünftler im Reichstage noch ferner die Stirn bieten, oder wird er dem fortwährenden Drängen erliegen und endlich, wenn auch mit Widerstreben, den Forderungen der Gewerter

Handschuhmacher und tutti quanti nachgeben? Das ist die Frage. Möglicherweise ist es schon nach allem, was wir bisher auf diesem Gebiete erlebt haben und noch erleben werden. Daher scheint es uns auch geboten, hier einmal die glatten Absichten zu registrieren, welche der Staatssekretär des Innern Graf v. Posadowsky den Zünftlern hat zu Teil werden lassen. So erklärte er am 23. Januar 1903 im Reichstage auf den Vorwurf des Dr. Dertel, die Regierung habe keine Mittelstandspolitik getrieben, mit allem Nachdruck: Wir können freilich nicht den Mittelstand künstlich erhalten mit gesetzlichen Maßregeln, die mit den Grundsätzen des modernen Staats vollkommen unvereinbar sind. Wir können nicht mehr beleben, was nicht mehr zu beleben ist; wir können z. B. für das Handwerk keinen allgemeinen Beschäftigungsnachweis einführen, der mit der Gesamtgestaltung unseres wirtschaftlichen Lebens unvereinbar wäre. Und indem er sich am 9. Februar 1903 auf den Zünftler Jakobskötter bezog, der in einem Aufsatz im „Tag“, in klarer, ruhiger und wirklich überzeugender Weise nachgewiesen habe, daß der allgemeine Beschäftigungsnachweis nicht mehr einzuführen sei, knüpfte er daran die boshafte Bemerkung: Wenn ein solcher Nachweis eingeführt würde, dann wäre die natürliche Folge doch die, daß keiner mehr etwas herstellen und verkaufen dürfte, der nicht die Befähigung dazu erworben habe. Die weiteren Folgen wären dann solche Konflikte, wie sie tatsächlich anderwärts vorgekommen seien, daß eine Frau, die Portemonnaies macht, bestraft wurde, weil sie nur die Befähigung zur Herstellung lederner Hosen nachgewiesen habe. Ein weiterer Fall liege aus einem deutschen Staate vor, wo ein derartiger Befähigungsnachweis früher existiert habe. Es bestand dort ein Unterschied zwischen den Gastwirten, die kalte Kost, und solchen, die nur warme verkaufen durften, und da sei entschieden worden, daß der Wirt, der nur warme Kost verkaufen dürfe, keinen Schinken den Gästen vorsetzen dürfe, auch wenn er glühend heiß war, weil es nun einmal der Beruf des Schinkens sei, kalt genossen zu werden. Wer aber nur kalte Speisen führte, dürfe seinen Gästen keinen Kalbsbraten vorsetzen, weil es der Beruf des Kalbsbraten sei, im allgemeinen warm genossen zu werden. Das möge anekdotenhaft klingen; aber solche Fälle kamen und kommen tatsächlich vor. Und auf den Vorwurf des Abgeordneten v. Stauby, daß diese Beispiele denn doch etwas gar zu anekdotenhaft seien, erwiderte der Staatssekretär drei Tage später: Ich habe vor mir Bände der österreichischen Judikatur über den Beschäftigungsnachweis liegen, Erkenntnisse der politischen Landesbehörden, die sehr umfangreich sind, so umfangreich, wie Erkenntnisse des Reichsgerichts. Ich lese Ihnen daraus ein paar Beispiele vor, um zu beweisen, daß das, was ich sagte, nicht anekdotenhaft ist. Es wird hier z. B. ein langer Streit bei der Handels- und Gewerbekammer in Feldkirch geführt, der darüber entstanden, ob ein Baumeister zur Herstellung einer Schlosserrepauraturwerkstätte berechtigt sei. Es ist ferner anlässlich einer Beschwerde der Handels- und Gewerbekammer in Wien eine Entscheidung eingeholt, ob die Brunnenmeister berechtigt seien, Pumpen- und Brunnenröhren einzusetzen oder ob sie diese Berechtigung nicht mit den Schlossern und Zimmermeistern teilen. Ein großes Erkenntnis. Ich habe hier ferner noch eine ganze Reihe Erkenntnisse darüber, ob die Sattler auch berechtigt wären, Sophas und Matrassen zu machen. Er knüpfte hieran die prägnante Frage: ob es für unser Erwerbsleben wirklich nützlich wäre, eine solche Gesetzgebung auch bei uns einzuführen? Noch am 26. Januar dieses Jahres erklärte Posadowsky im Reichstage kurz und bündig auf eine Anfrage: daß sowohl er selber, als auch die verbündeten Regierungen nach wie vor auf dem Standpunkt ständen, daß „an die Einführung des Beschäftigungsnachweises für das ganze Handwerk nicht zu denken sei.“ Wenn trotzdem die Zünftler noch immer daran glauben, mit ihren papierernen Resolutionen die wirtschaftliche Entwicklung rückwärts revidieren zu können, so sollte man fast zu der Ueberzeugung gelangen, daß diese Hinterwäldler Morgenluft wittern. Jedenfalls ist das von den verbündeten Regierungen in offensichtlichster Weise bekundete Interesse an den Bestrebungen der Zunftbürger von großer Bedeutung, zumal wir in einer Zeit prinzipieller Wandlungen leben, wo Meinungen sich leicht über Nacht ändern können.

Dor tuur up! Die Südbescherer-Angelegenheiten beschäftigen sich in ihrer heutigen Morgen-Ausgabe mit den finanziellen Leistungen der freien Gewerkschaften, die sie natürlich auch hier wieder zu sozialdemokratischen Organisationen stempeln. Am Schlusse dieses Artikels richten sie zum 10. und 11. vierten Male folgende Mahnung an das Bürgerturn: Ein solcher Idealismus unter den sozialdemokratischen Arbeitern sollte den bürgerlichen Kreisen doch wahrlich ein Peter Nasspörn sein, es der Sozialdemokratie gleich zu tun und sich nicht von einem einfachen Arbeiter in der Opferwilligkeit beschämen zu lassen. Schon aus Selbsterhaltungstrieb müßte die bürgerliche Gesellschaft den letzten Großen auf den Altar des Vaterlandes niederlegen und mit Anspannung aller ihrer moralischen und finanziellen Kräfte den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufnehmen. Denn im großen Daseinskriege hat nur derjenige Ausschicht auf Sieg, der unter allen Umständen bereit ist, für seine gute Sache jedes, aber auch jedes Opfer zu bringen. — Da der Selbsterhaltungstrieb der bürgerlichen Gesellschaft gleich dem Patriotismus beim Geldbeutel aufhört, so wird auch vorstehende Mahnung ihren Zweck vollständig verfehlen.

Achtung, Glaser! In Wilhelmshaven haben die Glaser wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten!

Die Südbescherer Staatsangehörigkeit erwarben 17 Personen.

Stadtheater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Es ist der Direktion des Stadttheaters gelungen, die Kgl. Kammerfängerin Frau Sigrid Arnoldsen, genannt die schwedische Nachtigall, zu einem zweimaligen Gastspiel zu gewinnen. Frau Arnoldsen ist dem Südbescher Publikum von früheren Gastspielen noch in bester Erinnerung und tritt in der Partie der Margarethe in Gounods Oper „Faust“, sowie als Violetta in Verdi's „Traviata“ auf. Die Gastspiele sind auf den 15. und 17. Oktober festgesetzt.

Stapelbau. Gestern nachmittag lief auf der Hochsee ein Schiffswert der für die Vereinigte Flensburger-Gesellschaft und Sonderburger Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Flensburg erbaute Dampfer „Kanal III“ vom Stapel.

Zum gerichtlichen Verkauf gelangt am 1. November das Gerberstraße 6 belegene Grundstück von B. R. S. Meins, gen. Schulz.

pb. Diebstahl. Gegen den Jungmann des schwedischen Schoners „Urania“, Gustav Emil Jonas Nilsson, aus Gröts in Schweden, der sich in der Nacht vom 11. zum 12. d. Mis., unter Mitnahme der besten Kleidungsstücke eines mit ihm an Bord befindlichen Leichtmatrosen, von seinem am Konsumplatz liegenden Schiffe

heimlich entfernte, wurde Anzeige wegen Diebstahls erstattet. Es wurden ein fast neuer dunkelblauer Jadenanzug und eine noch gut erhaltene dunkelblaue Kammergarnhose, sowie eine Krone und 60 Dore in barem Gelde gestohlen. Der Dieb dürfte sich jedenfalls von hier entfernt haben.

pb. Feuer. Heute Vormittag gegen 4 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Grundstücke Breitenstraße Nr. 81 (Drogen- und Farbenhandlung von Kayler) gerufen, woselbst auf dem 3. Boden des auf dem Hofe befindlichen Lagerhauses, auf welchem Streichhölzer, leere Kisten und leere Delflaschen z. lagern, ein Schadenfeuer ausgebrochen war, das in dem leicht brennbaren Material reichliche Nahrung fand. Der herbeigeleitete Feuerwehr gelang es, das Feuer auf den Entstehungsort zu beschränken, jedoch größeres Unglück vermieden wurde. Der ermachene Schaden ist nicht gering. Die Entstehungsurache, die auf Selbstentzündung zurückzuführen sein dürfte, ist mit Bestimmtheit noch nicht festgestellt.

pb. Eigentumsvergehen. Ein hier wohnhafter arbeitsloser Böttchergeselle, der in dem Kleinverkaufsraum einer hiesigen Weinhandlung, gelegentlich des Einkaufes von Rum in mindestens 12 Fällen sich Wein in Flaschen rechtswidrig aneignete, wurde zur Anzeige gebracht. In seiner Wohnung wurde eine Anzahl leere Flaschen gefunden.

Schwartz. In einem Deliriumanfall versuchte der Marier L. auf Tremskamp seinen 2 Jahre alten Sohn aufzuhängen. Nachbarn hinderten ihn hieran und übergaben ihn der Polizei.

Schönberg. Tödtlich verlaufener Unfall. Im Dorfe Lantow wollte ein dort einquartierter Kavallerist sein Pferd im Lantower See tränken. Er ritt in denselben hinein. Hierbei geriet er plötzlich in eine Tiefe, das Pferd warf ihn ab und so fand er leider seinen Tod durch Ertrinken.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Auf der Unterelbe kollidierte der Hamburger Dampfer „Hedwig Heitmann“ mit der Bremer Bark „Friedrich Wahn“. Beide Schiffe erlitten erhebliche Beschädigungen. — In Hamburg wurde ein Knabe von einem Geschäftswagen totgefahren; ein anderer Knabe, der vorige Woche von einem Straßenbahnwagen überfahren wurde, ist gestorben. — In Hammer b. Rölln führte der Gemeindevorsteher Erdmann von einer Leiter auf die Lehmziele und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung. — Aus Wessellur wird gemeldet: Ein Unglücksfall ereignete sich im benachbarten Heuwisch bei den Drescharbeiten auf dem Peters'schen Hofe. Eine am Dreschmaschinen aufgebauete Hilfsstellg brachte plötzlich zusammen und vier Arbeiter stürzten aus beträchtlicher Höhe auf die Tenne. Der Arbeiter Morgenstern war sofort tot, da er das Genick gebrochen hatte, ein zweiter Arbeiter mußte in die Krankenabteilung des hiesigen Werkhauses geschafft werden, die übrigen kamen mit leichten Verletzungen davon. — Von dem Wagen seines Vaters überfahren und tödtlich verletzt wurde in Habeli. M. der 10jährige Sohn eines Landarbeiters.

n. Daffow. Ein Großfeuer entbrach Sonntag nachmittag gegen 1 Uhr in dem Bauerndorfe Wetzien. Auf den Gehöften der Erbpächter Boffow, Bockholdt und Meyer brannten 9 Gebäude total nieder. Zwei Gehöfte sind gänzlich abgebrannt. Viel Korn ist durch die Flammen vernichtet worden. Gegen 5 Uhr wurde die hiesige Feuerwehr telephonisch alarmiert; sie brauchte aber nicht mehr in Tätigkeit zu treten, weil nichts mehr zu retten war. Das verheerende Feuer soll durch mit Streichhölzern spielende Kinder entstanden sein.

Hamburg. Zum Bierbockott. Das Hamburger Fremdenblatt stellt die Behauptung auf, daß seitens der Brauereiarbeiter den Brauereigewaltigen das Anerbieten gemacht werden sollte, letztere sollten die bekannte Klage wegen Kontraktbruchs z. zurückziehen, während sich die Beklagten verpflichten wollten, den organisierten Arbeitern zu empfehlen, den Bierbockott wieder aufzuheben. Demgegenüber gibt die Streikleitung im „Hamb. Echo“ bekannt, daß ihr von derartigen Verhandlungen mit den Brauereien nichts bekannt sei. Es scheint sich also um eine feine Streikente zu handeln.

Odenburg. Der Feu-Minister Ruffrat lehnt es ab, Klarheit in der ihn so arg belastenden Angelegenheit zu schaffen. Die Berliner Morgenpost hatte an den Minister die Anfrage gerichtet, ob er nicht einem Redakteur derselben gegenüber in einer Audienz die schweren Beschuldigungen des „Residenzboten“ als haltlos bezeichnen wolle. Von seinem italienischen Ferienaufenthalte Bontresina hat er nun nach Verlauf mehrerer Wochen die Antwort auf die Anfrage erteilt. In derselben heißt es u. a.: Ich denke gar nicht daran, einen der Ihrigen zu empfangen und bitte, mich nicht wieder zu belästigen. Schreiben können Sie über mich, was Sie wollen. — Uns erscheint es mindestens recht auffällig, daß der Feu-Minister erst jetzt so wenig Gewicht darauf legt, was die Zeitungen über ihn schreiben. Vor wenigen Monaten war er doch ganz anderer Meinung; da ist auf seine Veranlassung das Strafverfahren gegen den „Residenzboten“ eröffnet worden, da sel angeblich seinerseits die auf den Redakteur des genannten Blattes Bezug habende Äußerung: „Ein Jahr muß er haben!“ und nun mit einemmal diese Ignorierung der Presse! Ruffrat wird zweifellos Gelegenheit erhalten, im Odenburger Landtage auch diesen plötzlichen Wechsel in seinen Ansichten etwas näher zu erläutern.

Letzte Nachrichten.

Schievelbein. Totschlag. Aus nichtiger Ursache wurde der Arbeiter Mittelstadt, Vater einer großen Familie, von einem Kollegen erschlagen. Der Täter ist flüchtig.

Leipzig. Automobilunglück. Dem Leipz. L. zufolge sind zwei Herren aus Leipzig und zwei Damen bei Altenburg mit einem Automobil verunglückt. Eine der Damen wurde getötet, die beiden Herren schwer verletzt.

München. Familiendrama. Im Starnberger See, in der Nähe des Schlossgartens bei Berg, wurden am Sonntag die Leichen einer 25-jährigen Frau in schwarzer Trauerkleidung, eines vierjährigen Mädchens und eines 1 1/2-jährigen Knaben aufgefunden. Bei der Toten, die vermutlich aus Augsburg stammt, wurde ein größerer Geldebetrag gefunden.

Trient. Durch eine Feuersbrunst wurde das oberitalienische Dorf Avona völlig zerstört.

Lissabon. Schiffskollision. Die englischen Dampfer „Inventor“ und „Goolistan“ sind auf 170 englische Meilen von hier zusammengestoßen. Der „Goolistan“ ist gesunken. Der „Inventor“ traf mit 28 getreteten Passagieren des „Goolistan“ hier ein.

Konstantinopel. Zwei pestverdächtige Krankheitsfälle wurden in Smyrna festgestellt.

Newyork. Bahnräuber. In der Nähe von Banpover wurde ein Zug der Kanada-Pazifikbahn von sechs bewaffneten Räubern angehalten und der Zugführer gezwungen, die Expresswagen abzuhängen. Den Räubern fielen 7000 Dollars in die Hände.

Eine Wohnung zu vermieten
 Miete 150 Mk. Mariesgrube 65.
 Näheres Dankwartsgrube 15, I.

Ein Parterre-Logis für 1 oder 2 junge Leute
 Schübstraße 1.

Schulknabe gesucht
 Gr. Petersgrube 21, I.

Gef. zum 1. Okt. 1904 Mk. 6000
 4 pCt. erstes Geld unter Brandkasse
 Gef. Ang. u. A G 10 an die Expd. bis. Bl.

Eine Schneidenschleifkarre
 zu kaufen gesucht. Zu melden
 Ludwigstraße 80, part. links

Eine blühende Stuben-Pflanze
 zu verkaufen. Mittelstraße 9 a, I.

Grüne Myrihenzweige zu verk.
 Welferstraße 25 a, II.

Billig zu verkaufen: eine tolle beste Dachpappe,
 ein Lontrohr, eine Leiter, ein Sandstieb für Handl.,
 ein Privat-Eimer
 Johannisstraße 46, I

Alle Mauersteine und Fenster
 billig zu verkaufen
 Süßowstraße 1 a.

Ein Sportwagen, gut erhalten,
 billig zu verkaufen
 Langer Lohberg 7, part.

Ein gut einger. Heftbauer nebst Kanarienvogelchen
 und ein gut fängender Kanarienvogel
 billig zu verkaufen
 Nebenhoffstraße 8, II

Von heute ab gewähre ich auf sämtliche Kolonialwaren, Delikatessen, Fettwaren zc. einen Extra-Rabatt von

4 Prozent.
 Iwan Haude, Moislinger Allee 14
 Ecke Karpfenstrasse.
 St. Lorenz-Kantinen für Kolonialwaren.

Zigarren-Ausnahme-Tage
 Spezialmarkt:
 „Skat“ pr. 10 Stück Mk. —.35.
 „Totenkopf“ pr. 10 „ —.45.
 in 1/2 Pfennig billiger.
 Iwan Haude, Moislinger Allee 14.
 Ecke Karpfenstrasse

Gelegenheitskauf. Fahrräder
 ein größerer Hofen, feine Anfahrtsreifen, welche mittels durch längeres Lagern leicht beschädigt, mittels mangelt Zahlung zurückgegeben worden sind, gebe zu billigen Preisen ab. Einmalige billige Gelegenheit über schon von Mk. 50 an. Neue Mittel Mk. 3.50 an. Letztere Mk. 1.80 an. Schlinge 3.50. Gloden 0.80.
 prima Qualität.
 Sämtliche Reparaturen, Umarüstung, Reinigung in eigenen Werkstätten mit bestem Material, billig und gut.
 O. Störzner, Süßstraße 51.
 Schöner und Reduzierter. Ferner 1278 Ferner empfehle billige aber gute Nähmaschinen. Selbstvermischungsarbeiten, neu, großartig bemalt, Krangeln und Strickmaschinen.
 Geschäftslokale: immer besser und billiger.

Brantlenten
 suchte mein großes Lager in

Möbeln, Spiegeln

Polsterwaren
 nur guter dauerhafter Arbeit.

Carl Folekers
 Möbelmagazin,
 25 Mariesgrube 25.

Achtung Fleischer!

Mitglieder-

Versammlung

am Mittwoch den 14. Septbr.

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über Mitglieder und Zeitung

2. Vortrag über Mitglieder-Schritte

3. Bericht über den Jahresbericht

4. Beschlüsse

Der Vorstand.

Achtung Bauarbeiter!

Ihre Versammlungsbekanntmachung vom

2. 9. 04 müssen sämtliche Mitglieder

ihre Erscheinung bis zum 7. Oktober

entschieden haben.

Der Vorstand.

Petroleum!

Nachdem trotz der festen Marktlage unsere Konkurrenz ihre billigen Preise noch immer beibehält, fühlen wir uns verpflichtet, unsere verehrliche Kundschaft darüber aufzuklären, daß außer dem von uns geführten besten garantiert rein la. amerikanischen Petroleum noch ein anderes allerdings auch amerikanisches, aber qualitativ schlechteres und minderwertiges Del in den Handel gebracht wird.

Die Hamburger Börse notiert für ein amerikanisches Del von ca. 820 Gramm spezifischem Gewicht (aus den Petroleumquellen in Texas) ungefähr Mk. 1.60 pro 100 kg niedriger als für bestes garantiert rein la. amerikanisches Petroleum mit ca. 800 Gramm spezifischem Gewicht.

Wir lassen es dahingestellt, ob dieses Texasöl unvermischt oder vermischt in den Handel kommt, wir können aber versichern, daß wir eine stets gleichmäßig gute Ware zum Verkauf bringen, da wir unser Petroleum ausschließlich von der Mannheim-Bremer Petroleum-Aktiengesellschaft beziehen, und daß unser Verkaufspreis von 18 Pfg. pro Liter der heutigen Marktlage durchaus entspricht.

Wir geben uns daher der angenehmen Hoffnung hin, daß unsere verehrliche Kundschaft uns auch fernerhin mit ihrem Vertrauen beehrt, und halten uns unter Zusicherung der reellsten und besten Bedienung angelegentlichst empfohlen.

Petroleum!

Nachdem trotz der festen Marktlage unsere Konkurrenz ihre billigen Preise noch immer beibehält, fühlen wir uns verpflichtet, unsere verehrliche Kundschaft darüber aufzuklären, daß außer dem von uns geführten besten garantiert rein la. amerikanischen Petroleum noch ein anderes allerdings auch amerikanisches, aber qualitativ schlechteres und minderwertiges Del in den Handel gebracht wird.

Die Hamburger Börse notiert für ein amerikanisches Del von ca. 820 Gramm spezifischem Gewicht (aus den Petroleumquellen in Texas) ungefähr Mk. 1.60 pro 100 kg niedriger als für bestes garantiert rein la. amerikanisches Petroleum mit ca. 800 Gramm spezifischem Gewicht.

Wir lassen es dahingestellt, ob dieses Texasöl unvermischt oder vermischt in den Handel kommt, wir können aber versichern, daß wir eine stets gleichmäßig gute Ware zum Verkauf bringen, da wir unser Petroleum ausschließlich von der Mannheim-Bremer Petroleum-Aktiengesellschaft beziehen, und daß unser Verkaufspreis von 18 Pfg. pro Liter der heutigen Marktlage durchaus entspricht.

Wir geben uns daher der angenehmen Hoffnung hin, daß unsere verehrliche Kundschaft uns auch fernerhin mit ihrem Vertrauen beehrt, und halten uns unter Zusicherung der reellsten und besten Bedienung angelegentlichst empfohlen.

Die vereinigten Petroleum-Kannenhändler von Lübeck.

G. Brockmann, Rahlhorststraße 5.

Ferd. Dietz, Lindenstraße 35.

C. Grube, Hundestraße 82.

J. Hildebrandt, Lauerhoffstraße 4.

G. Luckmann, Schwartauer Allee 88 a.

C. Martens, Weberstraße 30 a.

A. Muuss, Schützenstraße 54 a.

H. Schwartz, Elswigstraße 25.

Eine Schiebkarre zu kaufen ges.
 Off. u. B an die Exp. d. Bl

Altes Eisen, Metall, Gummi, Zeitungen und Lumpen lauft gegen gute Preise.
 K. Kleinfield, Friedenstraße 97.

Crummesser und Buntekuh-Doppel-Kümmel
 empfiehlt
 Aug. Maab, Heurichstraße 18.

Wir empfehlen unseren Parteigenossen:

Ferdinand Lassalle's Gesamtwerke.

Elegant in 2 starken Bänden gebunden für den billigen Preis von
Mk. 10.—

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstrasse 50.

Achtung Bauarbeiter!

Mitglieder-Versammlung

am Freitag den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr präz.,
 im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Gräning-Hamburg.

2. Lohn- und Arbeitszeittarif für 1905.

NB. Es ist Ehrenpflicht der Mitglieder, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 Der Vorstand.

Achtung Moislung!

Öffentliche Versammlung

der Bau-, Erd- und Ziegelei-Arbeiter

von Moislung und Umgegend

am Donnerstag den 15. September 1904
 abends 8 Uhr

im Lokale des Herrn Schatt, Moislung.

Tages-Ordnung:
 Der Kampf im Baugewerbe u. der Lohn in der Zukunft.
 Referent: C. Gräning-Hamburg.

Der Einberufer.

„Stadt Stockholm“

Täglich:
Großes Konzert

der berühmten Damen-Kapelle
 „Graziella“, Direktion Kupfer,
 — in meinem neu renovierten Lokale. —
 Eintritt 10 Pfg.
 J. Westendorff.

Circus Variété.

Eigentümer und Direktor:
 Fritz Rittscher.

Ab 16. September täglich:

Chr. Aügamer

Grotesque Humorist.

Willy Rossio

Meisterjongleur in seiner Szene
 „Direkt vom Bahnhof.“

Ceenewood
 The King's Jester.

Kadj Abdullah's

14

Araber

genannt:
 Die Söhne der Wüste

oder
 Der Wirbelwind Arabiens.

Pyramiden — Beduinensprünge
 — lebendes Karoussel —
 von 14 Personen.

Lotte Sebus

Beste deutsche Soubrette.

Sisters Mac-Lord

Akrobatische Tänzerinnen und
 Sängerinnen.

Die menschliche Schlange?

Schwestern Lindström

Schwedisches Gesangs-Duett,
 usw. usw.

Beginn der Vorstellungen:
 Wochentags **8 Uhr.**

Sonntags **8 Uhr.**

Jeden Sonntag nachmittags 4 Uhr
 große Fremden-Vorstellung.

Billetverkauf täglich bis 6 Uhr
 bei Herrn Sager, Zigarrengeschäft,
 Kohlmarkt, und in den übrigen be-
 kannten Verkaufsstellen.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung: **W. Schatt**, Lübeck und Rathsborgstr. 10 sowie der mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: **Johannes Stellina**, Lübeck. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Rathsborgstr.“ sowie der mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: **Johannes Stellina**, Lübeck. — Druck von **W. Schatt & Co.** — Geschäftliche in Lübeck.

Die Bedeutung der Kaufmannsgerichte für die Handlungsgehilfen.

Durch das am 1. Januar 1905 in Kraft tretende Gesetz, betr. Kaufmannsgerichte, erfährt die Erledigung der Berufstreitigkeiten der Handlungsgehilfen eine durchgreifende Aenderung. Die Handlungsgehilfen können ihre Klagen vor dem den Gewerbegerichten nachgebildeten Kaufmannsgericht anbringen, das ihre Klagen rasch und billig erledigt. Der Hauptvorteil der Kaufmannsgerichte gegen den bisherigen Rechtsweg besteht aber darin, daß Handlungsgehilfen als Beisitzer bei der Rechtsprechung mitwirken. Die Beisitzer zu den Kaufmannsgerichten werden durch die Beteiligten selbst gewählt. Wahlberechtigt ist, wer das 25. Jahr, wahlfähig, wer das 30. Lebensjahr überschritten hat. Die Wahlen müssen nach dem System der Verhältniswahlen vorgenommen werden. Diese Vorschrift soll den Handlungsgehilfen der verschiedensten Richtungen eine Vertretung sichern; inwieweit das möglich sein wird, werden die demnächst stattfindenden Wahlen zeigen.

Die durch den schmachvollen Unfall der Rechten des Reichstages noch in letzter Stunde durchgebrachte Erhöhung des Wahlrechtsalters von 21 auf 25 Jahre und des Wahlfähigkeitsalters von 25 auf 30 Jahre hat zunächst fast die Hälfte der Handlungsgehilfen vom Wahlrecht ausgeschlossen. Mit den sozialen Fragen haben sich bisher fast nur die jüngeren Handlungsgehilfen beschäftigt; da die meisten von diesen noch nicht 25 Jahre alt sind, so sind sie auf die Wahl der Beisitzer fast ohne Einfluß. Völlends unmöglich ist es diesen sozial tätigen Gehilfen, aus ihren Reihen Beisitzer zu stellen. Es kann also leicht der Fall sein, daß die Anhänger der alten kaufmännischen Vereine bei den Wahlen den Ausschlag geben werden. Und das kann für die Fortführung der Sozialreform im Handelsgewerbe von großem Nachteil sein.

Die Kaufmannsgerichte haben das Recht, Gutachten und Anträge über Fragen, welche das kaufmännische Dienstverhältnis betreffen, an die Behörden und gesetzgebenden Körperschaften zu richten. Da sich diese Anträge auch auf Fragen des Ladenschlusses, der Sonntagsruhe, Ueberwachung der Schutzgesetze usw. erstrecken können, so kann diese Bestimmung in den Händen sozial fortgeschrittener Beisitzer zum Nutzen für die Gesamtheit der kaufmännischen Angestellten ausnützlich sein. Wenn aber die Beisitzer aus den Reihen der alten sozial rückständigen Vereine hervorgehen, so ist sehr zu befürchten, daß diese Elemente die rückständigen Ansichten der alten Vereine in den Anträgen zum Ausdruck bringen werden. Die Gutachten und Anträge, die solche Beisitzer ausarbeiten würden, würden wohl den Interessen der Prinzipale entsprechen, denen der Gehilfen aber stracks zuwiderlaufen. Die Gegner einer Sozialreform würden mit Behagen solche gehilfenfeindliche Gutachten und Anträge für ihre rückständigen Bestrebungen ausnützen. Jeglicher Fortschritt der Sozialreform könnte gehemmt werden. Diese drohende Gefahr gilt es abzuwenden.

Auch bei der Funktion als Einigungsamt könnten die aus den Reihen der alten Vereine hervorgegangenen Beisitzer ihren Standpunkt: Harmonie der Interessen unter allen Umständen, zu Ungunsten der Handlungsgehilfen geltend machen. Es ist also durchaus nicht gleichgültig, welche Beisitzer gewählt werden.

Die Kaufmannsgerichte stellen die Handlungsgehilfen vor neue Aufgaben. Vor den ordentlichen Gerichten konnte sich jeder durch einen rechtskundigen Prozeßbevollmächtigten vertreten lassen. Vor dem Kaufmannsgericht ist eine geschäftsmäßige Vertretung nicht gestattet; hier muß jeder in der Regel seine Sache selbst führen. Wer da über seine gesetzlichen Rechte nicht informiert ist, kann leicht zu Schaden kommen. Gesetzkunde ist unter den Handlungsgehilfen noch wenig verbreitet, die Kaufmannsgerichte zwingen aber

zum Studium der Gesetze. Aufklärung über die gesetzlichen Rechte kann niemand besser geben, als die Berufsorganisation; sich ihr anzuschließen liegt schon allein deswegen im Interesse der Handlungsgehilfen. Dann wird eine starke Organisation auch die Gefahr beseitigen können, daß die Kaufmannsgerichte mit gehilfenfeindlichen Beisitzern besetzt werden.

Von den Kaufmannsgerichten allein dürfen die Handlungsgehilfen alles Heil indessen nicht erwarten. Mit Anträgen und Gutachten werden die Mißstände im Handelsgewerbe nicht aus der Welt geschafft, dazu müssen die Handlungsgehilfen selbst Hand zu legen. Die beste Waffe zur Erringung von Fortschritten ist die gewerkschaftliche Organisation; sie zu stärken ist die Pflicht aller, die für sich und ihre Berufsgenossen bessere Zustände herbeiführen wollen.

Weiter muß konstatiert werden, daß der größte Teil der Handlungsgehilfen in unentschuldbarer Teilnahmslosigkeit dahingleibt und zum Besuche einer Versammlung, zum Lesen einer aufklärenden Schrift nicht zu bewegen ist. Nur durch unermüdbare Agitation können diese Gleichgültigen für die Gewerkschaft gewonnen werden. Wir hoffen, uns nicht vergeblich an die Solidarität der organisierten Arbeiterschaft zu wenden, wenn wir sie ersuchen, die ihnen verwandten und bekannten Handlungsgehilfen auf den Ernst der Situation aufmerksam zu machen, und festzumachen, daß die Gewerkschaft, dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, sich in Hamburg, zu veranlassen.

Der Zentralverband nimmt alle Handelsangestellten ohne Unterschied auf. Bei einem monatlichen Beitrag von 60 Pf. für weibliche und 1 Mk. für männliche Mitglieder gewährt der Zentralverband Stellenlosenunterstützung auf die Dauer von acht Wochen, Rechtschutz usw., ferner wird die Verbandszeitung „Handlungsgehilfen-Blatt“ den Mitgliedern frei und unentgeltlich zugestellt. Agitationsmaterial, Eintrittskarte, Probenummern des Verbandsblattes sind erhältlich bei dem Verbandsvorsitzenden, Max Josephsohn, Hamburg 1, Valentinskamp 92, II.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Steinseher von Königsherg sind Freitagmittag in den Ausstand getreten. Es handelt sich um einen Abwehrstreik. — Der Streik der Arbeiterinnen des Glühlampenwerkes von Siemens u. Halske in Berlin hat sich in den letzten Tagen noch weiter ausgebreitet. Die Zahl der Streikenden ist infolge der Verweigerung von Streikarbeit auf 320 angewachsen. Die Haltung der Streikenden läßt nichts zu wünschen übrig; sie sind fest entschlossen, im Ausstand zu verharran, bis annehmbare Zugeständnisse erzielt sind. — Der Streik der Steinarbeiter in Hannover ist durch Vergleich beendet worden. — Hundert an dem Erweiterungsbau des Kettwiger Bahnhofs beschäftigte Erdarbeiter legten, wie aus Essen (Ruhr) gemeldet wird, die Arbeit wegen Lohnstreitigkeiten nieder. — Die Lohnbewegung der Matzger Käser wird wahrscheinlich zum Ausstand führen, da eine Versammlung der Weinhändler die Forderungen „endgültig“ ablehnte. — Der Maurerstreik in Karlsruhe, der über ein Vierteljahr dauerte, ist beendet. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Stegloff führten Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu folgendem Ergebnis: Stundenlohn für 1904 43 Pf., für 1905 45 Pf., für 1906 und 1907 47 Pf. und von 1. Januar 1908 bis 31. März 1909 50 Pf. In einer allgemeinen Maurerverammlung wurde dieser Vorschlag angenommen. — Die Holzbildhauer in Fürtth sind in eine Bewegung zur Erlämpfung eines festen Lohntarifes eingetreten.

Die Schlachterbewegung in Berlin. In einer von über 1000 Personen besetzten Versammlung der Engros-

schlächter-Gesellen wurde Freitag der Beschluß gefaßt, von Sonntag dem 2. Oktober ab die Schlachtung von Vieh an Sonn- und Feiertagen zu verweigern, das Fleischverkaufen und Ausfahren nach der Zentralmarkthalle und das Kassieren bei den Ladenhändlern an Sonn- und Feiertagen ganz einzustellen. Ferner wurde ausgesprochen, daß die Versammlung auch an der Forderung der elfstündigen Mindestarbeitszeit festhält und der Vorstand beauftragt wird, zu geeigneter Zeit die zur Durchführung dieser Forderung geeigneten Schritte zu tun.

Das Streben der Arbeiterschaft nach Tarifverträgen macht, besonders in Süddeutschland, immer weitere Fortschritte. Neuerdings haben die Mühlensarbeiter von Nürnberg, Fürtth und Umgebung einen auf zwei Jahre abzuschließenden Tarifvertrag mit Stipulierung der Arbeitszeit und der Minimallohne vorgelegt, der auch die Einsetzung eines Tarifausschusses vorsieht, zum Zwecke gütlicher Verhandlungen bei Differenzen oder Lohnstreitigkeiten.

Im Verbands der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter hat der Vorstand beschlossen, infolge der großen Ausgaben für Streiks und Ausperrungen einen wöchentlichen Extrabeitrag von 20 Pfennig zu erheben.

Im Verband der Möbelpolierer machen sich jetzt von neuem Bestrebungen geltend, welche auf eine Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband hindeuten. Erst in den letzten Tagen wurde von der Zahlstelle des Polierverbandes wieder ein Antrag angenommen, der nur in der Vereinigung mit den Holzarbeitern das geeignete Mittel sieht, die Interessen der Möbelpolierer in richtiger Weise wahrzunehmen.

Eine allgemeine Arbeitslosenräumung wird an einem Sonntage des November in München auf Grund einer Uebereinkunft zwischen dem Magistrat und den Gewerkschaften stattfinden. Während die Stadtverwaltung die Unkosten trägt, werden die Arbeitskräfte von den organisierten Arbeitern gestellt.

Die geplante Zentralstelle zur Bekämpfung des Rost- und Logiswesens soll demnächst in Berlin errichtet werden. Die Vorverhandlungen sind bereits so weit gediehen, daß demnächst die Vertreter der in Betracht kommenden Organisationen zusammenkommen können.

Eine Versammlung von Gewerbegerichtsbeisitzern für Rheinland-Westfalen nahm folgende Resolution an: „Das Proportionalwahlgesetz bei der Wahl zu den Gewerbegerichten wird von den Gemeindebehörden ausschließlich zur Schwächung der Vertretung der modernen Gewerkschaften benutzt. Die Konferenz der Arbeiterbeisitzer verurteilt deshalb das fakultative System der Verhältniswahl, das als Mittel des Klassenkampfes gegen die moderne Arbeiterbewegung ausgenutzt wird.“

Bei den Knappschäftswahlen im Ruhrgebiet dürfte der Bergarbeiterverband nach den bisherigen Resultaten eine Zweidrittelmajorität erlangen.

Ein neuer Sensationsprozess in Königsherg. Wegen angeblicher Beleidigung der Polizeibehörde ist Straf-antrag gestellt gegen den Gauleiter des Zentralverbandes der Maurer, Genossen Schwarz-Langfuhr und gegen den Vorsitzenden des Lokalverbandes der Maurer, Genossen Gerlach. In Neuhergen, welche die beiden Genossen in einer Versammlung der streikenden Maurer am 10. Mai getan haben, erblickt die Polizeibehörde den Vorwurf, daß sie beim Maurerstreik Gewalt vor Recht geben lasse und zu Gunsten der Unternehmer Partei ergreife. Die Beschuldigten haben einen umfangreichen Wahrheitsbeweis angetreten. Dabei dürfte das ganze ungelegliche Vorgehen der Polizei zur Sprache kommen. Von besonderem Interesse ist, daß die Polizei bestreitet, die Angeschuldigten durch polizeiliche Maßnahmen an der Aufklärung der Arbeiter über die Lage des Streiks gehindert zu haben. Hierzu sei

Die Hosen des Herrn von Bredow.

Roman von Willibald Alexis (W. Häring).

(13. Fortsetzung.)

„Ein Schneider in Sporen!“ rief verwundert Herr von Lindenberg aus.

„Das ist eine lustige Geschichte,“ sagte Peter Melchior. „Sättet Ihr nichts davon gehört? Die von Veeltz zankten schon seit einem Jahre mit dem Schneider. Er war ein Gewandtschneider, ein kleiner Mann nur, aber er hatte es doch sitzen im Kopf. Sagte es laut bei allen Leuten: Kleider machen Leute, also da der Schneider die Kleider macht, macht der Schneider auch die Stände. Schneiderte sich selbst Kappen und Mäntel und Hosen, wie Kaitente und Junker; so oft ihn auch der Rat darum strafte, er stolzierte darin um, und sie brauchten ihn, denn keiner verstand besser mit der Schere umzugehen. Sonst hätten sie ihn längst ins Glend geschickt, aber er sagte, seine Amme hätte ihm an der Wiege prophezeit, daß er als Ritter gehen würde. Nun hatte er den Ratsherrn ihre Mäntel zugeschnitten; aber ehe ein halb Jahr um war, wurde das Tuch müde und riß. Die von Veeltz machten ein fürchtbar Geschrei, aber er schrie wieder. Die sagten, er hätte das Zeug mit dem Bügel verbrannt, er sagte, sie hätten ihm verbranntes Tuch geliefert. Getageltes ward von einem Schuppenstuhl zum andern, bis die Köpfe lichterloh brannten. Die Beugen schlugen sich schon, die von Treuenbrücken, von Jüterbog, selbst die von Wittenberg mischten sich drein. Endlich waren alle einig, die Justiz könne das nicht abtun, und Wiebeband sagte den Veeltzern ab. Das kam wieder damals kurios vor, daß ein Schneiderlein einer Stadt dürfe einen Fehdebrief schicken. In Leipzig und Wittenberg haben sie darüber vor der Fakultät gestritten, ob es ging. Aber es ging. Das Schneiderlein hatte seinen Anhang, und mit seinen Gefellen von der Schere tat er ihnen manchen Schnitt, wo sie sich's

gar nicht versahen. In Jüterbog hatte er ein festes Haus, und saß wie ein Ritter, und, was wirklich eine Schande ist, die sächsischen Herren drüben, weil sie den Veeltzischen übel wollten, aus purer Eifersucht, hielten ihn, als wär' er zu ihnen. Er durst' in Sporen und Federhut aus- und einreiten auf ihren Schläffern, und ließen ihm manches Stück Hof und Zeug zum Schaden der von Veeltz. Hatte er sich nur begnügt, ihnen aufzulauern und ihre Leute zu werfen, so hätte er's manches Jahr treiben können, aber der Klamm schwill ihm und eines Morgens rückte er mit einem hellen Hausen vor ihr Tor. Da rief er 'nein, der Schneiderritter: als sie ihm hätten gebrannt Tuch geliefert, und dadurch gebranntes Herzeleid gemacht, so wollte er ihnen auch 'nen Brand zu rächen geben, daran Kind und Kindeskind denken sollten. Und gesagt, getan, vor ihren Augen strich er ihnen ihre Haide an, und ehe sie nur aus dem Schlaf in Hemde und Haube trieben konnten, brannten zehn Morgen weg. Es wär' noch mehr Unglück geschehen, wäre kein Regen gekommen. Nun aber wurden die von Veeltz fuchswild und lauerten ihm auf, wo sie konnten. Sie bestachen eine fahrende Frau, zu der er hielt, in Jüterbog in der Vorstadt, die ließ nachts die Knechte der Veeltzer ins Haus, und am Morgen, als er aufsprang, griffen ihn die Knechte, steckten ihn in ein Bettuch und warfen ihn auf 'nen Heuwagen. Ehe seine Freunde es merkten, waren sie mit gestreckten Füßeln über die Grenze, und Ihr müßt Euch denken, was das für Luft gab, als sie ihn im Sad durchs Tor fuhren. Ein Loch hatten sie 'nein geschritten, da steckte er den Kopf raus, und hatte noch die Frechheit, die Zunge rauszupfücken. Solchen Spaß haben sie in Veeltz ihr Lebelang nicht gehabt. Sie wollten ihn schnell judizieren; aber da gab es neuen Spektakel. Hatte die Frechheit, er wollte sich nicht hängen lassen als ein Dieb und Mordbrenner, da er in offener Fehde mit ihnen gewesen, und von den sächsischen Herren kamen ihm einige zu Hilfe. Die zeigten eine Urkunde vor, daß sie ihm ein verfallen Burgrecht geschenkt

oder verkauft; also wäre er ein freier Mann von drüben, und hätte recht gehabt ihnen Fehde zu machen. Die Veeltzer, wie man sich denken kann, bespritten's, er sei ein Stadtkind gewesen und geblieben, also in ihrem Mann. Das gab ein neues Geschrei und Geschreibe. Endlich kam man überein, er sollte judiziert werden als ein Stadtkind, aber geheilt als ein Ritter und da gab er sich drein. So hat das Schneiderlein bis auf die Uzt seinen Willen gehabt und hat's durchgesetzt, der Kerl, wer soll's glauben, daß sie ihn denken mußten mit Sporen und Federhut. Ja, wär's nach ihm gegangen, er hätte noch den Degen an der Seite behalten. Das war denn doch zu viel, auch die sächsischen Herren wollten's nicht. Nun baumelt er so in der Haide, die er angefrecht. Hat's aber wohl nimmer gedacht, daß ihm noch im Tode die Ehre würde, daß unser Herr von Lindenberg den Schneider Wiebeband für sich ansähe.“

Alle lachten von Herzen über die lustige Geschichte; der edle Gast, der sich ihrer wohl entsann, war sichtlich aufgeheitert. „Das ist nur dumm Zeug“, sprach er, indem er noch einen vollen Zug aus dem Becher tat, „was sie von dem Wafeln Wafeln heißt noch auf der Insel Rügen das Schottische zweite Gesicht, welches sich auch dort in Familien und Individuen zeigt, oder dem doppelten Gesicht reden. Wer ins volle Glas sieht, sieht sich auch doppelt, und erschürft nicht den Tod daraus, sondern helle Lustigkeit. Weiss mir heute Abend so wohl gehen sollte, darum schauer's mich so graulich am Morgen. Das ist die Deutung: Glück, Glück! Wie wär's ihr Herren, die Becher klingen so hell, wenn wir sie noch anders klingen ließen. Hätte Luft ein Ständlein zu doppeln!“

Peter Melchior schickte den Deckanten an. Der zuckte die Achseln und hob drohend den kleinen Finger: „Ei, mein Herr Ritter von Lindenberg, Ihr so vom Glück ohnedies begünstigt, was wollt Ihr's noch suchen gehen?“ „Immerzu!“

außerhalb der Arbeitszeit Gelegenheit genug gegeben. Und dabei wurden die Arbeitswilligen sogar während der Nacht sorgsam von der Polizei behütet.

Ein hartes, aber nicht ganz ungerechtfertigtes Urteil fällt in der neuesten Nummer der „Neuen Zeit“, in der er „zur Naturgeschichte Hegrimms“ (das Pseudonym, unter dem bekanntlich Schippel mehrfach in den „Soz. Monatsheften“ geschrieben hat) einige neue Beiträge liefert, Genosse Kantshy über Schippel als Politiker. Kantshy schließt seine Ausführungen mit diesem bitteren Resumé: „Schippel ist eine politisch gleichgültige Person geworden. Er zieht seine politische Kraft nicht mehr aus seinen jetzigen Leistungen, sondern aus dem Vergessen derselben. Seine Seele gehört nicht mehr uns; sein Geist kann seine besten Fähigkeiten nur noch dort entfalten, wo er von uns abweicht. Wir dürfen nicht mehr erwarten, daß er dem Sozialismus noch bemerkenswerte wissenschaftliche Gaben schenken wird, wohl aber müssen wir darauf gefaßt sein, daß seine Konflikte mit der Partei sich wiederholen, und daß, wie bisher, so auch weiterhin jeder derselben damit endet, ihm ein Stück seines politischen Ansehens vom Leibe zu reißen. Wie lange dann dessen letzte Fesseln noch hinreichen, seine politische Wut zu bedecken und naiven Gemütern den Eindruck der Respektabilität vorzugaukeln, ist eine Frage, die für Schippel und seine persönlichen Freunde sehr wichtig sein mag, aber für die Gesamtpolitik der Partei sehr bedeutungslos ist. Zu den Politikern, die man achtet, auf deren Stimme man hört, wird ihn niemand mehr zählen.“ — Soweit hat es also Schippel durch sein behändiges Fortschreiten gebracht, daß ihm Kantshy — und Schippel darf sich, trotz seines ehemaligen Vertrauensvolumens, vergewissern, daß es tausende und abertausende von Parteigenossen in Deutschland gibt, die Kantshys hartem Urteil beipflichten! — das Zeugnis „als politisch gleichgültige Person“ ausstellen und ihn zu den Politikern weisen kann, deren Stimme im Rate ungehört verhallt. Wer von uns hätte wohl jemals daran gedacht, daß die politische Bilanz des Berliner Volkstribunen ein so ausfallen könnte!

Genosse Singer ist von einem schlimmen Mißgeschick betroffen worden. Er leidet nach dem „Vort.“ an einer schmerzhaften Benenentzündung, die ihn, wie es heißt, vorübergehend für mehrere Wochen an's Bett fesseln wird. Hoffentlich grüßet Genosse Singer alsbald wieder, damit er wenigstens in Bremen präsidieren kann; denn ein Parteitag ohne Singer als Präsidenten ist doch kaum denkbar.

Eingestelltes Verfahren. Wegen des Ausbruchs „wüthendste Ungehörigkeit“ (in Sachen des Kassenprozesses) war bekanntlich gegen unseren Genossen Marchionini von der Königsberger Volkszeitung ein Strafverbot wegen angeblicher Beleidigung des ersten Staatsanwalts Schüge gestellt worden. Jetzt erhielt nun Genosse Marchionini vom Oberstaatsanwalt folgendes Schreiben:

Königsberg, den 6. September 1904.
Nachdem Herr Erste Staatsanwalt Geheimrat Justizrat Schüge erklärt hat, daß er seinerseits auf strafrechtliche Verfolgung des Verfassers des in Nr. 167 der Königsberger Volkszeitung erschienenen Artikels keinen Wert lege, habe ich den von mir gestellten Strafverbot zurückgenommen und das Verfahren eingestellt.

Wohlfühl.
Wie wir von vorerwähntem annehmen, hat der Herr Erste Staatsanwalt sich also nunmehr auch überzeugt, daß er in keiner Weise beleidigt worden ist.

Parteiwoche. Unter dem Titel „Kühnhauser Volkszeitung“ wird unser Parteiblatt in Kuhlhausen i. E. vom 1. Oktober an wieder als selbständiges Blatt erscheinen. Das Blatt erschien, in einer Dunderel hergeleitet, bis Ende März 1894 unter dem Namen „Schaf-Verdingliche Volkszeitung“ als selbständiges Blatt, fiel dann aber dem Diktatorparagrafen zum Opfer. Seitdem mußten sich die Genossen Kuhlhausens mit einem auswärts gedruckten Blatte behelfen. Es wurde zuletzt in Frankfurt a. M. her-

„Die Kirche verbietet auf Spul und Densungen etwas zu geben. So ich aber als Laie dachte; wäre es, daß mein Herr Ritter gut rechnete. Auf böse Träume folgen noch weitere und Kuchstücken. Nebenstine und Leichen bedecken sind im Spiele. Wollt Ihr was darans die Tischen leer machen?“

Der Ritter von Lindeberg kam eines ganz vollen Besatz auf den Tisch: „Was der Herr ist, nicht von der Stelle.“

Der Ritter schloß seine an den vollen Besatz, er gab einen Klang.

Die Tische wurden abgetragen und drei Schenkel herangerückt. Der Dechant nahm den Becher in die Hand und schüttelte ihn mit einem stillen Seufzer und niedergedrücktem Augen: „Nun denn, um kein Spielverderber zu sein!“

„Nehmt Euch der ihm in acht!“ rieferte der Frater Fritz Richter.

Siebenes Kapitel.

Ein böser Rat.

„In Stübchen noch, Sehtrege, denn wachst er auf, sprach der Ruchst Richter, der an jenes Herrn Ihre Rede hielt und wenig Umstände machte vor der Schenke, welche, so schien es, über den Richter wohl Lust gehabt hätte, ein wenig ergrübeltes und hincitragendes. Er aber lag auf einer Bank, die er vor die Tür geschoben, den Rücken gegen die Wand gelehrt, eine Stellung, in der er auch dann und wann die Augen geschlossen haben mochte. Ein trauer Ruchst hielt seinen Herrn, auch wenn er für ihn schlief. Jetzt aber schritt er Schenke nachschreitend von einer großen Kiste, einem Kiste und einem Stuhl vor ihm abwärts.“

„Ruchst, ich habe ihn geschoben.“

geßt. Er und hatte nur einen eigenen lokalen Teil. Nann:hr gebenden die Genossen wieder ein eigenes selbständiges Blatt, das in Kuhlhausen selbst gedruckt wird, erhalten zu können.

Ehrung von Klassenkämpfern. Wie aus Brüssel gemeldet wird, findet am 6. November in Luvain die Enthüllung des Denkmals für die im Generalstreik 1902 Gefallenen statt.

Luise Wischel, die jüngst bekanntlich schon tot gesagt wurde, hat sich nunmehr wieder vollständig erholt. Sonntagabend traf sie aus London in Paris ein, um eine Reihe von Vorträgen zu halten. Alsdann will sie sich nach Barcelona begeben.

Aus Nag und Fern.

Rußland und Japan im Porzellanladen. Aus Königsberg wird der „Berl. Zig.“ folgendes Geschichtchen berichtet, das in einem Königsberger Porzellanwarengeschäft zwischen einer Russin und einer deutschen Verkäuferin spielt: Die Russin erscheint im Laden mit der Absicht, Einkäufe zu machen. Die Verkäuferin bringt dienstbeflissen allerlei Porzellanwaren, Vasen, Teller, Tassen usw. herbei. Zuletzt legt sie der Dame auch eine kunstvolle japanische Schale mit Untertasse vor. Beim Anblick des kunstgewerblichen Erzeugnisses der Japaner überzieht sich das Antlitz der Russin mit flammernder Röte. Sie ergreift die Schale, wirft sie zu Boden, daß sie in tausend Scherben zerfällt, und ruft empfindlich aus: „So soll's den verfluchten Japanern ergehen!“ Die Verkäuferin, höchst überrascht von dem wilden Ausbruch der bis dahin ruhigen Dame, machte die Kundin höflich darauf aufmerksam, daß die Schale selbstverständlich bezahlet werden müßte. Die Russin erlegte nun den ihr genannten Preis und schickte sich, ohne etwas gekauft zu haben, zum Gehen an. Unterdes hatte die Verkäuferin die unbeschädigte Untertasse verpackt und händigte sie der Russin ein. Doch die patriotische Dame schleuderte auch die Untertasse wütend zu Boden, ausruhend: „Und so soll's den verdammten Deutschen ergehen!“ Nun konnte sich die Verkäuferin nicht mehr halten; sie versetzte der unverschämten Person einen Schlag ins Gesicht und rief dazu: „Und so soll's den Russen ergehen!“ Die Russin erhob gegen die Verkäuferin Klage; das Porzellangeschäft aber hat seit diesem Vorfall großen Zulauf, denn jeder will die resolute Verkäuferin sehen.

Stammes Gerichtsverhandlung. Eine sehr aufgelegte und doch garnicht lärmende Verhandlung fand Sonntagabend vor dem Schöffengericht in Berlin statt. Verschiedene Personen gestikulierten mit äußerster Vehementheit hin und her, wüthende Flüche flogen von einem zum andern. Rede und Gegenrede stießen mit voller Gewalt aufeinander und doch hörte man kaum einen Ton. Die wegen Mißhandlung angeklagte Frau war taubstumm, das von ihr mißhandelte Mädchen gleichfalls und auch zwei vernommene Zeugen gehörten den Kreisen der Taubstummen an. Die Angeklagte war beschuldigt, daß bei ihr wohnende junge Mädchen, über das sie eine gewisse Gewalt gewonnen hatte, wiederholt geprügelt und bedroht zu haben. Das Mädchen war so verzweifelt, daß sie aus Angst vor der Angeklagten nicht gewagt hatte, von ihr wegzuziehen, bis endlich ihr Vater dem unheilbaren Zustande ein Ende machte. Die Angeklagte bestritt in der Zeichenprache auf das Lebhafteste die Anschuldigungen, bei denen das Mädchen ebenso lebhaft verblieb. Die Verhandlung gestaltete sich sehr schwierig, da Angeklagte und Zeugen sich nur durch die Dolmetscherin für Taubstumme, Frau Schenk, dem Gerichte verständlich machen und die Zeugen überdies nur in der Weise verurteilt werden konnten, daß sie die Eidesformel niederschrieben. Die Beweisaufnahme ergab übrigens, daß die Angeklagte nicht so belästet war, wie es nach der Anklage zuerst erschien. Sie wurde nur zu einer vierwöchigen Gefängnisstrafe verurteilt.

Noch ein Goffriminalroman. In seinem „Roland von Berlin“ erzählt R. Leppinger die zum Teil bereits bekannte Geschichte von den Schicksalen Fräulein Milewski, der Hofdame der Herzogin Amalie. Aus verschiedenen Gründen kommt die Erinnerung an diesen halbverlorenen Goffriminalroman sehr gelegen. Nach der Darstellung des Herrn Leppinger ist die Hofdame Milewski für die verschwenderische Herzogin, die Tante des Herzogs Ernst Günther, des Bruders der Kaiserin, wiederholt mit ihrem eignen Geldmitteln eingekerkert. Als die Herzogin später ihr Testament zu Gunsten ihres Neffen änderte, schob dieser die Schuld daran auf die ihm feindselig gesinnte Hofdame. Fräulein Milewski wurde später in Kairo, als sie einen Spaziergang

„Das nicht. Vorhin grunzte er, dreimal stöhnte er und dann hat er geschacht. Das geht immer voran.“

„Aber er hat sich gewiß auf die andere Seite gelegt. Dann schläft er nur immer fester ein.“

„Wenn er erst bis zum lauten Schlucken kam, dann suchst's in ihm fort, und dann wacht er auf.“

„Das ist einmal —“

„Allesmal, Sehtrege, wie die alte Wanduhr. Erst laßt sie, brummt, schnarrt, dann nach einer kleinen Weile schläft sie.“

„Es ist ein vornehmer Herr, Kaspar!“

„Nur meines drum nicht auf.“

„Der Markgrafens Freund.“

„Und wenn alle Markgrafen in eigener Person kämen.“

„Kaspar, du bist ein guter und treuer Knecht, aber du weißt nicht, was es gilt. Ich muß dabei sein, wenn er aufwacht.“

„Dann wir wohl denken, warum. Ich habe nichts mit der Wache zu tun.“

„Kaspar, ich bin deine Frau, wollest sagen deines Herrn Frau. Du wirst doch nicht —“

„Wachere werd' ich nicht, was mich nichts angeht, und wenn er's merkt, nun da mag jeder sorgen, den's trifft, aber —“

„Reißt da, es er poltern wird, aber —“

„Ist es, Sehtrege, das kommt darauf an. Trank er zuletzt Trank, dann geht's; aber Luchwein, dann ist's Schenker, Schenker's von dem biden, aus Strain. Wenn das Schenker in Blut paradieschlägt! Reden und Reden mag er sich allemal ein bißchen und da muß ihn keiner in den Wurf kommen, welcher es nicht versteht. Ich will's immer gleich zu ersten Schlag, es er nur verdrückt ist, oder es ein Schenker losgeht. Das ist nun meine

machte, von zwei bewaffneten Arabern angehalten und in ein entlegenes Haus der Vorstadt gebracht. Dort erschien bei ihr ein gewisser Herr v. Blumenthal, Vertrauensmann des Herzogs Günther und forderte von ihr das schriftliche Besprechen, daß sie sich von der Herzogin trennen werde. Am Abend desselben Tages erschien Herr v. Blumenthal abermals und zwar diesmal in Begleitung des deutschen Konsuls. Bei dieser Gelegenheit erfuhr die Hofdame, daß ihre Koffer durchsucht und 20 000 Mark bares Geld beschlagnahmt worden seien. Hierauf wurde die Hofdame wie eine Verbrecherin im Zellenwagen zur Bahn, von dort nach Vort Saib und zu Schiff nach Neapel gebracht, wo sie ihre telegraphisch herbeigerufenen Verwandten krank und in hilflosem Zustande auffanden. Kaum war die Hofdame zurückgekehrt, so wurde in Berlin gegen sie ein Verfahren wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung eingeleitet. Sie antwortete mit einem Strafantrag wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung, Privatbeleidigung (begangen durch die Schwester der Herzogin Amalie, Frau v. Esmerich) und mit einer Privatklage an den Nachlaß der verstorbenen Herzogin Amalie. Die Entscheidung in sämtlichen von Fräulein Milewski anhängig gemachten Prozessen ist ausgesetzt worden bis zur Beendigung des gegen sie schwebenden Strafverfahrens. In dessen wurde die erste Anklage fallen gelassen und eine zweite wegen Diebstahls erhoben. Die in dieser Strafsache angehängten Termine am 3. Oktober 1903 und 2. Januar 1904 wurden aufgehoben und ein neuer Termin für Ende September 1904 angesetzt. Wenn nicht etwa auch dieser Termin wieder aufgehoben wird, wird man endlich — nach drei Jahren erfahren, ob Fräulein Milewski eine Verbrecherin ist, oder ob an ihr ein Verbrechen begangen wurde.

Die Krute im Armenhause! Das Lindberger Bwidau verurteilte den 74 Jahre alten Armenhause aufseher Günther in Vöbnitz, welcher zwei Armenhausbewohner dort mit einer Peitsche schwer mißhandelt und sie der Freiheit beraubt hatte, wegen Verbrechens im Amte zu acht Monaten Gefängnis. Der Angeklagte ist am 17. April abends in die Schlafkammer des im Armenhause wohnenden Webers Georgi eingebracht und hat diesen, weil er vorher im Hause gekümmert und den Armenhausbewohner Neuführer beschimpft hatte, mit einer Riemenpeitsche, einem sogenannten Dönsenlemer, dermaßen ins Gesicht, auf den Rücken usw. geschlagen, daß Georgi ganz erhebliche Verletzungen erlitt und ärztliche Hilfe aufsuchen mußte. Dann hat er ihn, obgleich Georgi nur mit dem Hemd bekleidet war, ungefähr eine halbe Stunde in ein anderes Zimmer eingesperrt und ihn mit dem Kopf an die Türpfoste gekleidert. Ferner soll Günther auch die früher im Armenhause gewesene 14jährige Amalie Miana Baumann mehrfach mit der Peitsche geschlagen haben. Es war deshalb gegen Günther Anklage wegen Hausfriedensbruchs, Körperverletzung im Amte und Freiheitsberaubung erhoben worden. Wie in Russland! Da nicht anzunehmen ist, daß der 74jährige Armenhauseaufseher nur die zwei Armenhausbewohner mit der Peitsche bearbeitet hat, so kann man sich ungefähr vorstellen, welche Verhältnisse in jenem Armenhause unter der Aufsicht dieses Mannes bestanden haben mögen.

Vändliche Scherze. Der Bauer Johann Wagner und sein Vater Nikolaus Wagner in Martinsried leisteten sich eines Tages in betrunkenem Zustande den „W.“, einem auf dem Abort befindlichen Nachbarn ein brennendes Strohbünd durch die untere Abortöffnung an den Leib zu halten. Der Nachbar wurde dermaßen verbrannt, daß er drei Wochen bettlägerig und mehrere Wochen arbeitsunfähig war; Lebensgefahr bestand für den Verletzten jedoch nicht. Als die beiden Wagner die Folgen ihres dummen Spases sahen, gaben sie dem Verletzten 300 Mark Schmerzensgeld auf die Hand und versprachen ihm für Neujahr weitere 300 Mark. Vor dem Schöffengericht am Amtsgericht München entschuldigten sich die beiden Uebeltäter mit ihrer Trunkenheit. Das Gericht nahm auch keine vorläufige, sondern nur eine fahrlässige Körperverletzung an und verurteilte nach der „R. B.“ Johann Wagner zu 10 Mark, Nikolaus Wagner zu 6 Mark Geldstrafe eventuell zu je zwei Tagen Gefängnis.

Der Nachlaß eines Burenobersten unter dem Hammer. Der Nachlaß des verstorbenen Burenobersten Adolf Schiel wird am 19. September im Spesselsaal zum „Bürgerbräu“ in Reichshall zur öffentlichen Versteigerung gelangen. Im Nachlasse befinden sich: Burenhüte, Rücken, Reittiefel, Urkette, Tabakdose, ein Federhalter mit der Aufschrift: „St. Helena 1904“ und viele andere Gegenstände.

Sache allein, gestrenge Frau und dabei tun Weiber niemals gut.“

„Unten schien es zu gewittern, ein Schlag oder Klang war's, der die Aufmerksamkeit der Hausfrau in Anspruch nahm. Während Kaspar wieder unbekümmert an seinen Käse und Mettich ging, hatte sie sich über das Treppengeländer gelehnt.“

Der Dechant kam herauf, etwas gerötet im Gesicht, schneller als seine Art war. Das Zusammentreffen mit der Edelfrau schien ihm nicht ganz angenehm; die eine Hand fuhr schnell unter sein Habit.

„Ihr habt wieder gespielt.“

Der Geistliche zuckte die Achseln.

„Und gewonnen?“

„Kann ich dafür!“

„Die toben nun.“

„Laßt die Heiden toben, ich tat's ja nur aus Gefälligkeit.“

„Das ist 'ne Aufführung, das ist 'ne Wirtschaft! Und ein Geistlicher dazu! Was soll das Gefinde dazu sagen! Im Freien, nun ja zum Teilvertreib, im Lager, da hab' ich ein Auge zugebracht. Aber Ihr wißt, daß ich im Schlosse ein für allemal —“

„In Ihrem Schlosse sollen doch meiner gütigen Wittin edle Gäste nicht über Langeweile klagen. Die Frau war fort, der Herr kam nicht, verwundert sich da meine Frau von Bredow, daß der Gast sich selbst nach einer Unterhaltung umschau. Willigen, was er tat, er behüte, daß mir das in den Sinn käme, aber er ist den Leidenschaften unterworfen, gleich uns allen. Ich für meine Person hätte auf einen Dank gerechnet, nicht auf einen zornigen Blick, noch weniger —“

„Ich darauf, daß mein Reichsvater meine Gäste ausziehen sollte.“

(Fortsetzung folgt.)